

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 4,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Bild“ 10 Pf. Vorkosten: 1,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. Dr. Monat. Eingereicht in der Post-Verwaltung für 1894 unter Nr. 4918.

Interaktions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Petition oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anträge 20 Pf. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 30. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Als ein Meisterstück

zur Wahrung und Förderung der Interessen des landwirtschaftlichen Großbetriebes und als eine Prachtleistung einer dekretirten, veränderten Bureaokratie erweist sich der Entwurf eines Gesetzes über die Landwirtschaftskammern, der dem preussischen Abgeordnetenhaus vor einigen Tagen zugegangen ist.

Es ist eine offenkundige Thatsache, daß in den bisherigen landwirtschaftlichen Zentralvereinen allein die Großgrundbesitzer im Verein mit den Großpächtern und einigen höheren Forstbeamten etwas zu sagen hatten und insofern dessen alles das, was für ihren Säckel gut war, als allgemeine Forderung der gesamten Landwirtschaft hinstellten und nach außen vertraten. Mit der Einführung von Landwirtschaftskammern wird den Zentralvereinen der Existenzgrund entzogen; und werden diese Kammern auf eine auch nur halbwegs freieitliche, die Gleichberechtigung aller Berufsgruppen betonende und festsetzende Weise eingerichtet, dann ist es mit der Vorherrschaft der Junker und der erdrückenden politischen Uebermacht der Großgrundbesitzer ihren eigenen Berufsgenossen gegenüber vorbei, und das Votumlassen wirtschaftlicher Extramärkte wird beinahe zu einem Ding der Unmöglichkeit. Das haben die witterungssicheren Junker auch sogleich eingesehen und gefürchtet, und deshalb haben ihre Zentral-Vereine im Vorhinein die Errichtung von Landwirtschaftskammern abgelehnt. Welche angenehme enttäuschte Augen mögen die Herren gemacht haben, als ihnen der vorliegende Regierungsentwurf zugestellt wurde! Und hätten sie auch einen tausend Goldthaler großen Kardorff-Preis ausgeschrieben, es wäre keine Arbeit eingelaufen, die ihre Unersehlichkeit scharfer bewiesen, ihre Vorrechte besser begründet, ihnen mehr Vortheile und fastigere Annehmlichkeiten zugewandt hätte, als der Entwurf der Regierung gethan, einer Regierung, gegen deren erstes Mitglied sie Tag für Tag mit Spieß, Stangen und Hebeln ausziehen.

Als zu Anfang des Jahrhunderts die Erbunterthänigkeit der Bauern aufgehoben werden sollte, gab die damalige Regierung dem Gesetze der ostelbischen Gutsbesitzer Gehör und schloß alle diejenigen, deren Hof nicht ein Gespann von Zugvieh erforderte, von den Wohlthaten des Gesetzes aus. Diefelbe Geisteshaltung und Zuorkommenheit, die damals mit ein paar Federstrichen tausend und abertausend Kleinbesitzer auf Gnade und Ungnade der Handvoll Junker ausgeliefert, kommt in dem vorliegenden Landwirtschaftskammern-Entwurf zur Wiedererscheinung und bestimmt, daß in den Stadt- und Landgemeinden nur diejenigen wahlberechtigt sind, deren Pachtung oder Grundbesitz wenigstens den Umfang einer die Haltung von Zugvieh zur Bewirthschaftung erfordernden Adermahrung hat. Damit ist die übergroße

Mehrzahl der Landwirthe direkt verhindert, auf die beabsichtigte korporative Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes einen Einfluß auszuüben. Der Kleinbesitz zählt also ganz und gar nicht mit. Etwas anders ist die Sache beim Mittelbesitz. Aber auch der ist gefesselt an Händen und Füßen. Wer zur Landwirtschaftskammer wählen will, muß mindestens 25 Jahre alt sein, und Kammerath kann nur der werden, der das 30. Lebensjahr überschritten. Vergleicht man diese Bestimmungen mit denjenigen, welche bei einer Reichstagswahl gelten, so muß man unbedingt zu dem Schlusse kommen, daß es viel schwieriger ist, über den Ankauf eines Zuchtbulles zu befinden, als im Reichstage über Militarismus, Handelsverträge, allgemeine Kultur- und Geistesfragen zu sprechen und zu stimmen. Der Landwirth fängt beim Gespann an und geschieht wird er erst mit 30 Jahren, konstatirt der Mann hinter dem grünen Tische, und vielleicht weiß er es, denn er ist ja selbst eine altpreussische Tradition.

Die Wahl zur Landwirtschaftskammer ist eine indirekte. Jede Gemeinde wählt einen Wahlmann und alle Wahlmänner eines Wahlkreises — der nach der Vorlage immer mit dem betreffenden Landkreis zusammenfällt — wählen mindestens zwei Mitglieder zur Kammer. Der Kammerath, der nun heraustritt, ist auf diese Weise schon dreimal gesiebt, aber das genügt noch lange nicht. In den Gemeinden könnte ja ab und zu noch ein Kleiner hindurchschlüpfen und die Kleinen, das weiß man ja, sind meistens widerborstig. Dagegen hat man sich auf folgende Art geholfen. Alle Wahlberechtigten einer Gemeinde wählen einen Wahlmann; aber die Stimmen sind nicht gleichwerthig. Je mehr einer Grundsteuer-Beinertrag nachweisen kann, desto mehr gilt seine Stimme; sie kann bis zu einem Drittel des Stimmenverthes der ganzen Gemeinde steigen. Findet sich noch eine andere ebenso vollwerthige Stimme in der Gemeinde, so bestimmen die zwei Stimmen den Wahlmann. Und die anderen Bauern? Nun, die können den Mund auf- oder zumachen, es bleibt sich gleich.

Aus den Gemeinden kommen also Großbauern, aus den selbständigen Gutsbezirken können nur die Gutsbesitzer kommen, da nur sie hier das Wahlrecht besitzen. Die verschiedenen Wahlmänner eines Wahlkreises versammeln sich unter Vorbehalt des Landrathes, um die Wahl der Mitglieder der Landwirtschaftskammer vorzunehmen. Ein jeder Wahlbezirk des Kammergebietes muß wenigstens zwei Kammerräthe wählen, und einer von diesen muß ein Großgrundbesitzer oder Rittergutsbesitzer sein. Die Stimmen gelten auch hier nicht gleichviel, sie werden wie in den Gemeinden nach dem vertretenen Grundsteuer-Beinertrag gewogen. Hat sich die Landwirtschaftskammer konstituirte, so wählt sie alle drei Jahre einen zum mindesten fünfköpfigen Vorstand und

der Vorstand bestimmt aus seiner Mitte einen ersten und zweiten Vorsitzenden. Die Mitglieder der Landwirtschaftskammer werden auf sechs Jahre gewählt, am Ende eines jeden Jahres scheiden die Vertreter eines Sechstels der Wahlbezirke aus, können aber von den Wahlmännern sofort wiedergewählt werden. Erwägt man weiter, daß der Landrath über eventuelle Einwendungen gegen die Wahllisten entscheidet, daß die Kammermitglieder ihr Amt unentgeltlich versehen müssen, daß jede Landwirtschaftskammer ein Mitglied, welches „nach ihrem Urtheile durch seine Handlungsweise die öffentliche Achtung verloren hat“, ausschließen kann, so wird man mit Bestimmtheit voraussetzen können, wer in den Landwirtschaftskammern sitzen und das große Wort führen wird.

Ob die Landwirtschaftskammern der Landwirtschaft etwas nützen werden, wollen wir heute dahin gestellt sein lassen; daß sie sich aber, wenn sie so in die Erscheinung treten, wie die Regierung es will, zu reinen Junkerparlamenten auswachsen müssen, glauben wir beweisen zu können. Im Landtage die Landräthe, in den Landwirtschaftskammern die Junker, nein, ein schöneres Paar hätten die Kräfte auch nicht zusammenbringen können.

Zum Schlusse noch eine Bemerkung. Wie die Regierung in einer dem Entwurfe beigegebenen Begründung andeutet und die Agrarier allsogleich mit vor Freude ganz heißen Stimmen in alle Winde schrieen, sollen unter Mitwirkung der neuen Kammern die ländlichen Hypothekenschulden in unkündbare Amortisations-Rentenschulden umgewandelt werden. In der Begründung wird die Hypothekbelastung des ländlichen Grundbesitzes in Preußen auf 10 1/2 — 11 1/2 Milliarden Mark geschätzt. Und für ein derartiges Gesetz, das eine so ungeheure Geldbewegung zur Folge haben muß, hat man, für Entwurf, Begründung und Erläuterung des Entwurfs, 24 halbe Druckseiten übrig! In der That, leichter gestalten kann man sich das Gesetz machen nicht. So trifft's der Bruder Barthel auch.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit der Finanzreform-Vorlage der Regierung. Staatssekretär Posadowsky begründete, so gut er konnte, die Vorlage. Die Rede machte, wie alle von ihm bisher gehaltenen, sehr wenig Eindruck im Hause. Nach ihm ergriff der Centrum's-Abgeordnete Lieber das Wort, der in einer nur durch ihre Länge ausgezeichneten Erklärung die Ablehnung der Vorlage seitens seiner Fraktion begründete. Die Erklärung gipfelte im Wesentlichen darin, daß in Anbetracht der überaus schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse die von der Regierung vorgeschlagene Finanzreform unannehmbar sei und

stohlene Hulldigung darbringend, die ihr indeß nicht entgegen konnte und sollte.

Die Tafel wurde bald aufgehoben, da man noch ein Länzchen zu machen gedachte.

Während der Vorbereitungen dafür zerstreute sich die Gesellschaft in die anstoßenden Gemächer, die glänzend erleuchtet waren.

Die Hausfrau hatte Helene am Arme genommen, um ihr zu sagen, wie schön sie neulich am Balls des Ministers gewesen sei und wie bewundert.

Morre, der Helene nicht aus den Augen ließ, trat zu ihnen.

„Da ist wieder Einer, der mir ein töto-à-töto mit Ihnen mißgönnt,“ scherzte Sidonie, „wahrhaftig, Sie haben im Handumdrehen diesen Sanus zum Paulus gemacht.“

Sie wurde in dem Augenblick abgerufen und die Weiden blieben allein.

Als bald nahm das stolze Gesicht Morre's einen zärtlich stehenden Ausdruck an.

„Können Sie mir verzeihen?“ fragte er leise. Sie sah ihn mit großen Augen an.

„Ich wundere mich, daß Sie in mir die Erinnerung an etwas erwecken wollen, das ich längst vergessen habe und das so wenig schmeichelhaft für Sie ist.“

Eine so scharfe Entgegnung hatte er nicht erwartet. Aber nur um so pilanter erschien sie ihm.

Sein Roman mit ihr hatte das für ihn angenehmste Intermezzo erfahren, jetzt wollte er ihn zu Ende spielen.

Er wußte in seine Züge den Ausdruck eines wirklichen Schmerzes und ein Beben in seine Stimme zu legen.

„Glauben Sie mir, gnädige Frau, ich kenne die Größe meiner Schuld und büße dafür mein Leben lang,“ und leiser noch, mit einem leidenschaftlicheren Timbre: „ich

Feuilleton.

Nachdruck verboten.]

[Alle Rechte vorbehalten.]

Helene.

[20]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Was ist das?“

„Fran Wehbart sammelt schon wieder Unterschriften.“

„Wofür?“

„Für Errichtung einer Frauenuniversität, bitte, wollen Sie nicht Ihre werthen Namen darunter setzen?“

Er tauchte mit komischer Wichtigkeit die Feder in die Tinte und hielt sie dem Vizefeldretär zuerst entgegen.

Dieser prallte zurück.

„Hält mir garnicht ein, was, es ist für uns ohnedies so schwer, Karriere zu machen, da sollen wir uns noch Konkurrenzweiber züchten?“

„Wozu sind denn solche Sachen?“ meinte Lippert, „sind die Mädchen hübsch, dann werden sie immer ein Unterkommen finden, dann lassen wir sie nicht verhungern.“

„Auch wenn sie garnichts verstehen,“ ergänzte ein Anderer.

„Dochstens die „ars amandi“, versetzte der Elegant.

„Das genügt,“ meckerte der Wize, der Einzige, der den Witz verstanden hatte.

„Das genügt vollkommen,“ sagte Lippert, der sich sehen mußte, da seine Beine zu zittern begannen und die Augenlider ihm wieder zufielen.

„Daß wir aber denen, die uns sonst nicht gefallen, noch besondere Vorrechte schaffen sollen, das ist ein Rausens,“ rief der Wize.

„Recht hat er — wir unterschreiben nicht — Keiner von uns!“ riefen sie alle.

„Meine Verehrten, Ihr ereifert Euch für ein Nichts,“ sagte Schultes mit einem ironischen Lächeln. „Ihr werdet doch nicht glauben, daß solche Petitionen Beachtung finden? Ihr könnt diese getrost unterschreiben. Wir werden doch unserer lebenswürdigen Hausfrau nicht den Spaß verderben — und er ist wirklich sehr harmlos.“

Und alle lachten und unterschrieben. . . .

Das Souper war heute besonders fein und der Champagner versetzte alle in eine fröhliche Stimmung.

Betty trank viel und lachte noch mehr. Sie saß neben dem Hausherrn, dem sie in neidischer Weise den Hof machte.

Er strahlte vor Entzücken. Seine Frau hatte ihn mit Liebenswürdigkeiten nicht verwöhnt, aber es gab noch andere, die ihn weit schlechter behandelten.

Helene saß neben Excellenz Vermina und war ebenfalls sehr aufgeräumt. Sie hatte das Wunder zu stande gebracht, diese verdrocknete Muntie zu beleben, und da er unterhaltend sein konnte, sobald ihn jemand unterhielt, gestaltete sich die Konversation immer lebhafter. Ja, er reizte sie absichtlich, weil sie schöner wurde, wenn ihre Augen blühten und ihre Wangen sich rötheten und ihr ganzer Körper jenen feuchten Dufte ausströmte, der wie Blumenduft seine wolkige Sinne kitzelte.

Auch Donner, ihr Nachbar zur Linken, bot all seinen Witz auf, um ihre Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und wenn sie dann lachte, blickte er triumphirend um sich.

Morre, der ihr gegenüber saß, beobachtete diese Manöver schweigend.

„Ist denn wirklich kein Mann so häßlich und keiner so alt, daß er nicht glaubt, ein reizendes Weib erobern zu können,“ dachte er. „Da meint jeder von ihnen, er bringe ihr Blut in Wallung und lasse ihren Geist höher aufsprühen, und doch ist es meine Nähe und meine Augen sind's, die diese Wirkung hervorbringen.“

Und wieder ließ er sie in ernster, respektvoller Bewunderung zu ihr hinüber schweifen, eine stumme, ver-

daß deshalb das Zentrum dagegen stimmen müsse. Mit dieser Erklärung ist das letzte Finanzengesetz der Regierung abgethan. Der Redner brachte mehrere Punkte von verordneten und aus der Fraktion hinausgedrängten Zentrumslösungen aus, um damit zu beweisen, daß er auch nichts anderes gesagt habe als diese.

Nach Lieber ergreift für die Freisinnige Vereinigung der unvermeidliche Schwächer Riedert das Wort. Er wiederholte seine Finanzrede im Abgeordnetenhaus mit einigen Variationen der Lieber'schen Rede. Nun eilte der preussische Finanzminister Miquel der bedrängten Vorlage zu Hilfe und hielt eine seiner staatsmännischen Reden, die ausklang in der Meinung: kommt die Vorlage nicht heute durch, so morgen, es wird die Zeit kommen, in der der Reichstag selbst nach der Miquel'schen Finanzreform verlangen wird. v. Limburg-Sturum sekundirte dem Minister mit Eifer und schwang sich zu dem begeisterten Ausspruch auf, daß er noch nie ein so gutes Finanzgesetz gesehen habe, als das gegenwärtig vorliegende. Morgen wird unser Genosse Schippel die ablehnende Stellung unserer Partei begründen.

Die Mächtigkeit und Vertvirtheit des politischen Lebens in Deutschland wurde durch die jüngsten privaten Vorkommnisse zwischen dem Monarchen und einem seiner früheren Beamten wieder so recht anschaulich gemacht. Wenn der Präsident der französischen oder der amerikanischen Republik einem früheren Minister oder Staatssekretär, von dem sie sich vor Jahren getrennt und der sie jahrelang in der Presse und sonst auf's giftigste angegriffen, wieder in gesellschaftlichen Verkehr treten würde, so fände das Mancher wohl seltsam, allein kein Mensch in Frankreich und Amerika würde daran denken, eine so gleichgültige Sache zu einem politischen Ereigniß ersten Ranges anzuhängen. Das war ja bei uns in den letzten Tagen gerade, wie in der Zeit der vollkommensten Popmonarchie, wo die „Geschichte“ in den Intriquen der mehr oder weniger anständigen Hofdamen und Hofkavaliers bestand und wo ein Maitressenwechsel einen politischen Systemwechsel — Krieg oder Frieden für das Volk — bedeuten konnte. Obgleich wir noch sehr weit zurück sind, so sind jene Zeiten doch glücklich für immer vorbei. Jene Geschäftspolitiker, die den Hofgang Bismarck's durchaus zu einem Wendepunkt der deutschen Politik machen wollten, bewiesen dadurch nur, daß sie das deutsche Staatswesen für noch erbärmlicher halten, als das der Türkei, wo eine Laune des Sultans längst nicht mehr genügt, um dem Staatschiff durch einen Ruck einen völlig veränderten Kurs zu geben. Daß aber diese Bismarck'schen Serailpolitiker einem großen Theile des deutschen Volkes, und namentlich der sogenannten gebildeten Klasse auf 48 Stunden den Kopf verdrehen konnten, das spricht allerdings für einen sehr tiefen politischen Bildungsstand der betreffenden Kreise. Und da gerade in diesen Kreisen unsere Feinde zu suchen sind, so haben wir Sozialdemokraten alle Ursache, auf die Bismarckorgien der verflochtenen Woche vergnügten Sinnes zurückzublicken.

Die verkateren Opfer des „Bismarcktages“ schimpfen jetzt weidlich auf uns, daß wir die Sache von Anfang an richtig beurtheilt haben. Der Aerger des Gerpeksten über den, der ihn ob seiner Dummheit verspottete, ist zu natürlich, und, wenn er sich in Schimpfereien äußert, für deren Gegenstand zu schmeichelhaft, als daß er diesen unangenehm berühren könnte. Wenn aber der „Reichsbote“ uns deshalb des abscheulichen Jynismus zeugt, weil wir anlässlich des Menschenzusammenlaufs vom vorigen Freitag an die bekannte Cromwell-Anekdote erinnerten, so wollen wir dem Stickerblatt bloß bemerken, daß wir, wie beiläufig von uns deutlich gesagt ward, hier gegen den Exhausmeister nur genau dasselbe gethan haben, was er einstmals gegen einen — Anderen gethan hat. Und wenn das Stickerblatt wissen will, wer der Andere war, so braucht es sich nur bei Hr. v. Hammerstein zu erkundigen, wen die „Krenz-Zeitung“ gemeint hat, als sie mit Aufregung des Schorjams und Rebellion drohte.

Beiläufig ist unser Blatt, mit einer Ausnahme, das einzige, das den Bismarck'schen Hofgang von Anfang an richtig beurtheilt, und die pomphast ausposaunte politische Tragweite des außerordentlichen Ereignisses von

Anfang an für eitel Schwinel und Kannegeierei erklärt hat. Die eine Ausnahme ist der „Reichs-Anzeiger“, welcher mit trockenen Worten der „Versöhnung“, sobald er ihrer erwähnte, jede politische Bedeutung abgeprochen hat. In diesen Kannegeiereien offenbart sich die Gedankenlosigkeit unserer Presse, die, statt sich die Thatfachen klar zu machen und nach ihnen zu urtheilen, Wünsche und Worte zur Grundlage ihres Urtheils nimmt. Und daß auf solch windiger Grundlage nur windige Schlüsse zu ziehen sind, das versteht sich für jeden vernünftigen Menschen von selbst. Daß, wenn die Hoffnungen der Bismarck-Schwärmer und die Befürchtungen der Bismarck-Menglinge begründet waren und Bismarck wieder Hausweiser geworden wäre, Coprivi, Vötticher u. s. w. dann in Berlin, ja Deutschland nicht einen Moment mehr hätten bleiben können, das haben diese Klugweller sich nicht überlegt. Und doch mußte der einfachste gesunde Menschenverstand es ihnen sagen.

Bismarck selbst ist zu gerieben, daß er sich getäuscht haben könnte. Voriges Jahr hatte er noch die Kraft, nach ähnlichem Anlaß, den Hofgang, der für ihn der schlimmste Kanossengang war, zu verweigern. Jetzt war er zu schwach, Nein zu sagen. Belisar hat die Weinflasche seines Herrn angenommen und wenn er auch dabei bei den gesammelten Obolus (etwa 50 Millionen Mark im Werth) nun nicht länger von „Undankbarkeit“ reden kann, so wird seine bekannte „Kasallentreue“ doch auch keine Veränderung erlitten haben. Etwas ruhiger freilich dürfte er wohl geworden sein. Hat er bisher noch manchmal das entfernte Vernehmen eines Hoffnungsstimmers zu sehen geglaubt, so konnte er Freitag Nacht heimkehrend vom Hofgang an den Ehrenbogen in Friedrichsruhe die Inschrift lesen: *Das alle Hoffnungen drauhen!* Die letzte Rakete ist verbrannt und der Dedel der Diaketenkiste hat sich für immer geschlossen.

Die ernüchterte Freude. Die größten Hoffnungen setzten die Agrarier, die Hammerstein und Mirbach, die Ploß und Kardorff auf den Besuch des Fürsten Bismarck in Berlin. Sie sehen ein, daß sie sich auf's gründlichste getäuscht haben. Der Parlamentsbericht des „Reichs-Anzeiger's“ theilte die über die Reise Bismarck's wohntrunkenen Worte Kardorff's nicht mit. Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe schreibt:

„In das Erscheinen des Fürsten Bismarck in Berlin werden allerlei Vermuthungen auf politischem Gebiete geknüpft, u. a. die, daß der Fürst sich für den russischen Handelsvertrag aussprechen werde. Wie wir aus zuverlässiger Quelle mittheilen können, ist Fürst Bismarck durchaus nicht gesonnen, seine staatsmännische Autorität für den russischen Handelsvertrag in die Waagschale zu werfen. Alle Kombinationen also, welche die Reise des Fürsten nach Berlin für den Handelsvertrag mit Rußland zu fruktifizieren suchen, zerfallen damit in nichts.“

Sehr richtig, schade nur, daß diese Informationen aus zuverlässiger Quelle erst veröffentlicht werden, nachdem sich Fürst Bismarck schon wieder in Friedrichsruhe von den Strapazen seiner Reise erholt hatte. Uebrigens giebt es in der praktischen Politik Deutschlands nichts mehr, was als staatsmännische Autorität Bismarck's einen Kurs hat. Diese Autorität hat der frühere Reichskanzler mit seinem Amte verloren, sowie er mit seinem Kanossengang auch die Bedeutung verloren hat, den leitenden Staatsmännern noch un bequem werden zu können.

Auch die „Krenz-Zeitung“ ist ganz resignirt, all die Hoffnungen, die sie auf die eine Flasche Wein gesetzt hat, sind zu Wasser geworden. Sie muß auch eingestehen, daß der Besuch Bismarck's jeder politischen Bedeutung entbehrt; sie schreibt in ihrer Wochenübersicht über die innere Politik der Woche:

„Erwägungen der Tagespolitik, wie immer sie geartet sein mögen, gehören in diese große Stunde nicht herein. Sie könnten und würden nur störend wirken, weil Tagespolitik und Partei-Interesse nur allzu sehr zusammenfallen. Lassen wir sie darum ganz beiseite und freuen wir uns, daß es in deutschen Leben der Gegenwart noch Punkte geben kann und giebt, die uns, insoweit wir wahrhaft deutsch sind, einig finden.“

Bismarck und die Agrarier haben in der letzten Woche große Täuschungen erlebt. Den Agrariern war Bismarck der letzte große Einlaß, und nun, als er gemagt wurde, stellte er sich als eine abgenützte Spielmünze dar, die jeden Kurs verloren hat.

Gegen die Staffeltarife erklärte sich nach langer Debatte die bayerische Kammer der Abgeordneten, sie erklarte die Regierung, in den Bemühungen zur Beseitigung der preussischen Staffeltarife für Getreide und Mehlprodukte mit thätigster Energie fortzuführen. — Der Landtag ist durch Botchaft des Prinzregenten bis zum 31. März verlängert.

Ein reuiger Sünder. Der eine der 42 Gemeindevorsteher, welche dem sächsischen Landtag das bekannte Schauerbild von der zuchtlosen sozialdemokratischen Jugend vormalte, der Herr Gemeindevorstand Lemke in Pieschen, ist von seinem Gemeinderath, in welchem Sozialdemokraten sitzen, derart unter die Schere genommen worden, daß er beichtete, er sei zu seiner Unterschrift gebrängt worden, und er bereue, dieselbe gegeben zu haben. Den übrigen Gemeindevorständen wird in ähnlicher Weise zu Leibe gegangen, und seitens der verkommenen Gemeinden dem Landtag ein Dementi der verlogenen Petition zugestellt werden. So treiben's unsere Gegner! Und mit solch erbärmlichen Mitteln suchen sie ein neues Sozialistengesetz zu ergattern.

Das internationale Agrarierthum. So national sich auch die Junler überall gebenden, so sehr sie sich auch als die allein waschechten Patrioten aufspielen und obgleich sie überall für Verlethshenunisse, Grenzperren und Schutzzölle schwärmen, so haben sie trotz alledem ihre internationalen Interessen. Dies zeigt sich vor allem in der Auffassung der Nahrungsfrage. Nachdem die deutschen Agrarier einen vollen Erfolg zu verzeichnen haben, kommen ihnen nun die Agrarier aus dem Lande des Erbfeindes zu Hilfe und fordern auch internationale Abmachungen über die Nahrungsfrage. Es wird hierüber aus Paris telegraphirt:

Die französische landwirthschaftliche Gesellschaft hat dem Wünsche Ausdruck gegeben, es möchten zwischen den Vereinigten Staaten, den der lateinischen Münzunion angehörenden Ländern, so wie England und Deutschland auf Veranlassung Frankreich's Unterhandlungen eingeleitet werden behufs Herbeiführung eines Einvernehmens und eines gemeinsamen Mängesetzes, welches von wenigstens 3 dieser Mächte anzunehmen wäre.

Die Grundlage des so angefeindeten Internationalismus der Arbeiterklasse liegt in der ökonomischen Entwicklung, die in allen Ländern die gleiche ist, die die Städte- und Volkswirtschaft gesprengt hat und an ihre Stelle die Weltwirtschaft gesetzt hat. International müssen deshalb von Tag zu Tag mehr die ökonomischen Kämpfe geführt werden, sodas auch die geistig rückständigste Klasse sich bei der Verfolgung ihrer Ziele auf internationalen Boden stellen muß.

In der französischen Kammer führte der Fanatismus und die Angstmeierei der kapitalistischen Ordnungsgesellschaft am vorigen Freitag wieder zu einem großartigen Skandal. Louis Sugues begründete an jenem Tag im Namen der sozialistischen Fraktion eine Interpellation, betreffend die Massen-Hausdurchsuchungen und Verhaftungen zu Anfang des Jahres; und er zeigte, wie diese Maßregel erstens ganz überflüssig und erfolglos war, und zweitens ausschließlich sich gegen die Sozialisten richtete. Als er einen besonders brutalen Fall, wobei ein Polizeifergeant vor auf die Kommune schimpfte, zur Sprache brachte, rief Thivrier, der sozialistische Blousemann: *Vive la Commune!* Dafür wurde seine vorübergehende Ausschließung aus der Kammer beschlossen, wenn er nicht Abbitte leistete. Natürlich that Thivrier das nicht, und unter unsäglichem Tumult, während dessen die Sitzung unterbrochen war, wurde er vom Militär aus dem Sitzungssaal geschafft. Das Ministerium erhielt hierauf ein Vertrauensvotum. Nun, von Vertrauensvoten kann man so wenig leben, wie von Bomben und Kochtöpfen.

Mit den Unterschleifen in der französischen Marine hat die Kammer sich noch nicht beschäftigt. Die Majorität hat offenbar Bedenken, dieses neue Panama „anzuschneiden“, das womöglich noch schwachvoller ist als das alte, und den „Patriotismus“ der Bourgeoisgesellschaft in die glänzendste Beleuchtung setzt. Dieselben „Patrioten“, die ihre eigene Kriegsflotte aktionsunfähig machten, würden ohne mit der Wimper zu zucken, das „Vaterland“ an den Landesfeind verkaufen. Natürlich müßte es sich verlohnen. So ist diese Sippe, die in allen Ländern keinen anderen Gott kennt, als das Goldene Kalb.

war ein Thor, dem Paradiese so nahe, habe ich es für immer verloren.“

„Ich verbiete Ihnen, in diesem Ton mit mir zu sprechen,“ sagte sie erregt und machte eine Wendung; er aber trat ihr entgegen, seine elegante Gestalt richtete sich höher auf:

„Gnädige Frau, mein Ton ist der ehrerbietigste, er entspricht der tiefen Verehrung, die ich für Sie empfinde und ich weiß sehr wohl, nur Ihre Großmuth konnte verzeihen, was ich mir selbst niemals verzeihen werde.“

Sie erwiderte bis zum Halse, flüsterte etwas verwirrt und flüchelte hinweg.

Er war mit sich zufrieden. Er hatte ihre Eitelkeit geweckt und ihr Mitleid; die Romantik der Entzignung war über ihn gebreitet. Das wirkt immer bei jungen, unschuldigen Frauen.

In dem kleinen Salon saßen einige Damen in engster Vertraulichkeit bei einander. Sie steckten die Köpfe zusammen und lachten in ausgelassener Weise.

Helene wollte das Zimmer durchschreiten; sie war nicht in der Stimmung, sich ihnen anzuschließen, die auch ihrerseits keine Notiz von ihr nahmen. Aber Sidonie, die sie suchte, kam ihr nach und hielt sie fest.

„Was ist das? Im Saale wird schon getanzt, und unsere Allerschönsten wollen sich absentiren? Das gebe ich nicht zu.“

„Sehen Sie sich zu uns, wir sind hier so fidel,“ riefen die Damen der Hausfrau zu. Und Frau Betty Lust, das Haupt dieser kleinen Gemeinde, winkte sie mit den lebhaftesten Gebarden zu sich.

„Das müssen Sie hören, mein Schatz, das ist zu drollig,“ und sie machte ihr neben sich Platz, während Helene für den ihr angebotenen Sitz dankte und sich an den Kamin lehnte.

„Was giebt es denn, das Sie so heiter stimmt?“ fragte Sidonie.

„Denken Sie nur — er hat schon — hat schon zahlen müssen.“

„Wer und was?“

„Wer? — der Soutendör der Oliva und was? — das Neugeld.“

„Ah,“ rief Sidonie erleblich.

„Baare hunderttausend Mark hat er erlegen müssen, der Hanswurst, geschickt ihm recht.“

„Er ist also freiwillig zurückgetreten?“

„Er hat sich loskaufen müssen, sie ist ihm gar zu anhänglich gewesen,“ lücherte Betty ausgelassen.

„Sie soll ihn fürdortbar gemartert haben,“ berichtete eine große magere Dame, „grausam soll sie ihn behandelt haben, unwürdig!“

„Er muß es wirklich nicht länger haben aushalten können,“ Betty lachte immer lauter und ausgelassener, „sonst hätte er sich nicht so viel Geld heraus reißen lassen.“

„Sie soll schon wieder einen anderen Verehrer haben,“ behauptete eine kleine junge Blasse, die begierig war, auch ein Wort dabei anzubringen, „und was das Beste ist, er soll ein Freund des vorigen sein, den dieser Öster zu ihr mitgebracht hatte.“

„Aber von dem nimmt sie nichts, heißt es.“

„Als täglich ein Bouquet aus weißen Rosen oder Kamelien, aber es muß von Brauner sein.“

„Gott, wie poetisch,“ rief Betty, „das ist die reine Kamelienblume.“

Sidonie saß unbeweglich, mit erzwungener Selbstbeherrschung inmitten dieser zischelnden Zungen. Was sich wie ein Schwall aus dem Munde dieser Reinen ergoß, besudelte, es raubte ihr den Athem.

„Ach, es giebt so viel schlechte Frauenzimmer auf der Welt,“ seufzte die junge, kleine Blasse.

„Aber auf diese ist man nicht eifersüchtig,“ entgegnete die Große, mit jener Bestimmtheit, mit der man allgemein gültige Sentenz ausspricht.

„Da hätten wir auch viel zu thun,“ lücherte eine Dritte.

„Und dann wären es diese Geschöpfe garnicht werth, für sie haben wir nur Verachtung.“

Sidonie erhob ein wenig ihr blaßes Gesicht, in ihren Augen glühte es dunkel: „Und weshalb verachten wir nur sie und nicht auch den schuldigen Mann? und nicht auch uns selbst? die wir ja doch schwachvoll zurückgesetzt werden im Feuer willen? Was sind wir denn noch? und was bedeuten wir noch?“

„Aber, mein Schatz, so tragisch darf man das doch nicht nehmen.“

„Libertins (lüberliche Burschen) sind sie Alle, der Eine mehr, der Andere weniger — was können wir dafür? Und was können wir thun, als uns königlich freuen, wenn Einer einmal so recht in die Patzche kommt. Ich finde das lustig.“

„Sie haben Recht, es ist sehr lustig.“ Und Sidonie brach in ein hysterisches Lachen aus.

„Diesmal will ich's schon herausbekommen, wer der Betreffende ist. Passen Sie auf,“ sagte Betty und hob siegesgewiß den Kopf.

„O, geben Sie sich keine Mühe, morgen werden Sie ihn alle kennen,“ versicherte Sidonie, die ihre Haltung wieder gewonnen, mit schneidender Schärfe. „Morgen wird die ganze Stadt mit dem Namen dieses Mannes Fangball spielen, da ich Sie aber so neugierig sehe, will ich Ihnen denselben schon heute verrathen — es ist Herr Gebhart.“

Frau Sidonie verließ den kleinen Salon, ohne einen Blick auf die Damen zurückzuwerfen, die erstarrt ihr nachsahen.

Dann erhoben sich auch diese und kopfschüttelnd und mit den Augen sich zwinzelnd, bedeuteten sie einander, daß das über den Spas ginge.

Helene und die kleine Blasse blieben allein zurück.

„Ach, es giebt so viel schlechte Frauenzimmer,“ seufzte sie wieder und ließ sich, von den Anstrengungen des Abends ermüdet, in ihren Stuhl zurücksinken.

Helene gab keine Antwort. Stumm und unbeweglich hatte sie dem Vorgange zugehört. Jetzt schritt sie gegen die Thür, ihre Glieder zitterten, die Kehle war ihr wie zugeschnitten.

„Arme Sidonie, den Mann theilen zu müssen mit einer Dirne... Auf diese ist man nicht eifersüchtig sagen sie... Nein... aber bleibt man deshalb gleichgültig?... O nein... das bringt den Ekel!“

Ihr war, als tröbe er ihr selbst bis an den Hals hinauf. Ein Sehnen entstand in ihr nach Ränkerheit und Reinheit; eine treue Hand hätte sie fassen, in treue Augen blicken mögen.

(Fortsetzung folgt.)

Schutzlitterarisches aus Frankreich. Aus Paris wird telegraphiert:

In der heutigen Sitzung der Zollkommission theilte die Regierung mit, sie werde morgen einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen der Zoll auf Getreide auf 7 Fr. festgesetzt und der Zoll auf Mehl entsprechend erhöht wird. Die Lagerzeit für Getreide unter wirklichem oder fiktivem Zollverschuß wird auf ein Jahr beschränkt; für die nur zeitweilig dort befindlichen Vorräthe sind 3 pCt. Zinsen zu bezahlen. Die Regierung ernannte eine Kommission zur Revision der verschiedenen Arten Malzprodukte. Ebenso sollen die Einfuhrtarife einer Revision unterworfen werden.

Die Getreidezoll-Vorlage soll die Regierung ermächtigen, den Zoll sofort vom Tage der Einbringung der Vorlage ab zu erheben unter der Bedingung der Rückzahlung des Zolles im Falle der Ablehnung der Vorlage.

Eine Verbesserung des Wahlgesetzes wird auch von unseren französischen Genossen erstrebt. Guedes hat im Namen der Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Viellandbaturen durch das Proportionalverfahren ausschließt, das Wahlrecht von seinem längeren Aufenthalt am Ort abhängig macht und die geheime und unbeeinflusste Abstimmung zu sichern bezweckt. Das Geschimpf der Bourgeoisblätter spricht für die Güte des Antrages — und den Anklang, den er im Publikum gefunden. —

Demonstrationen für Sizilien in Zürich. Aus Zürich wird vom offiziellen Wolff'schen Bureau telegraphiert:

Am Sonntag Abend hat in Aversschi (einer Vorstadt von Zürich) eine Versammlung stattgefunden, welche eine Besprechung der aufreuerischen Bewegung in Sizilien zum Gegenstand hatte. Nach Schluß der Versammlung zogen ungefähr 150 Stosener unter Führung deutscher Unabhängiger mit roten Fahnen vor das in der Bahnhofstraße gelegene Gebäude, in welchem sich das italienische Konsulat befindet und veranstalteten hier eine Demonstration. Obgleich das eiserne Eingangsthor des Gebäudes bald geschlossen wurde, sollen Steine in den Hausflur geschleudert worden sein. Mehrere der Manifestanten kletterten zu dem Konsulatwappenturm empor und brachten auf demselben rote Fahnen sowie die Inschrift an: „Lutto per fratelli siciliani“. Die Polizei zerstreute in kurzer Zeit die Ansammlung und verhaftete 15 Thunfänger, darunter vier deutsche Unabhängige. Einer der Unabhängigen, der Schreiner Semlin, wurde durch Säbelhiebe schwer verwundet. Ruhe und Sicherheit sind völlig wiederhergestellt, eine umfassende Untersuchung ist eingeleitet.

Crispi's Lage, das wird jetzt selbst von den unversöhnlichsten seiner Preßkollegen — und er hat deren eine große Anzahl, auch in Deutschland — eingestanden, ist sehr unheimlich und gefährdet. Die willkürliche Vertagung der Kammer um einen Monat (bis zum 20. Februar) hat alle parlamentarischen Parteien erbittert — auch die Konservativen, die doch keine Lust haben, sich vollständig bei Seite schieben zu lassen. Es wäre deshalb keineswegs unwahrscheinlich, daß eine noch weitere Vertagung eintrete. Crispi hat ohnehin wenig Freunde — oder keine. Mit seinem Kumpan Bismarck hat er das gemein, daß er nur Werkzeuge und Mittelmäßigkeiten um sich duldet, daß er Jeden verräth, sobald es ihm in den Kram paßt, Jedem in die Suppe spuckt, der ihm nicht willenlos folgt, und in Jedem, der eine Spur von Geist und Selbstständigkeit zeigt, einen Nebenbuhler erblickt, dem er auf jede Weise zu schaden sucht. So hat er sich den konservativen Rudini, dessen Unterstützung ihm notwendig ist, jetzt dadurch zum Feind gemacht, daß er ihn in einem englischen Blatt aufs gemeinste angriffen und verleumdete. Natürlich leugnete er nachher ab, allein Rudini kennt seinen Spiegelberg und Crispi mag sich versehen.

Gewiß ist: im Parlament hat er keine Majorität, und der „Diktator“ Crispi wäre nur ein Diktator zum Pachen, wenn er nicht die Kamelezeit seiner Diktatur dazu benutzte, viel Unheil zu verüben.

Vorläufig quält ihn am meisten die Finanznoth. Der Staatsschatz war schon leer, als er ins Ministerium kam — und die Anstände und Unruhen der letzten 4 Wochen haben mindestens 100 Millionen extra gekostet. Woher Geld nehmen und wo fehlen? Wo etwas zu holen und zu stehen war, ist's schon geholt und gestohlen. Die Franzosen pumpen keinen Pfennig. Da richtet dann der Blick sich nach Deutschland. Michel ist der Dumme, auf den Herr Crispi rechnet. Also — aufgepaßt! Ihr Leuten in Deutschland, die Ihr noch etwas Geld in der Tasche habt. Der italienische Pumpus geht herum! —

Die Universität Brüssel ist, nachdem heute wiederum mehrere Studenten relegirt wurden, geschlossen und von Polizisten besetzt worden.

Eine nette Illustration der Freiheit der Wissenschaft. —

England und Rußland wetteifern in Zentralasien in der Gewinnung der Gebiete, die zwischen ihren Grenzen liegen. Theils erobern sie dieselben, theils ziehen sie sie in ihre Interessensphäre, so ist dies nach jahrelangen Vermählungen England nun mit Afghanistan gelungen.

Die indische Regierung soll sich verpflichtet haben, Afghanistan gegen einen Angriff von Norden her zu vertheidigen. So lange der Emir die Abmachungen innehalte, sei die indische Regierung verpflichtet, die Integrität Afghanistans aufrecht zu erhalten.

Es sind dies die Vorbereitungen für den unausbleiblichen großen Entscheidungskampf zwischen Rußland und England in Asien, als dessen Preis Indien gilt. —

Aus Serbien liegen wieder eine Anzahl interessanter Meldungen vor. Der in Verfassungsverletzungen erfahrene kleine Alexander hat eine Amnestie für das frühere Kabinett Noakumovic erlassen. Man spricht schon von der Ersetzung des eben ins Amt getretenen Ministeriums durch ein liberales. Die Aufregung der radikal gesinnten Volkstheile ist im Wachsen. Auch die Arbeiter haben zum Staatsrecht Stellung genommen. Ein Telegramm meldet hierüber:

Eine heute Nachmittag stattgehabte Arbeiterversammlung sprach in einer Resolution ihre Sympathie für die Rabatler aus. Die Arbeiter durchzogen darauf die Stadt unter Huzzas auf den König und die Verfassung und gingen später ruhig auseinander.

Das Land wird mit Proklamationen und Flugblättern der radikalsten Partei überschwemmt. Der Regierung stehen nun auch diplomatische Schwierigkeiten bevor, da die russische Regierung in offiziellen Organen sich sehr scharf gegen die Neuordnung der Dinge in Serbien ausgesprochen hat. —

Aus Rumänien wird uns geschrieben: Vor kurzem brachte die „Vossische Zeitung“ in zwei längeren Artikeln das Glück, welches in Rumänien herrscht, den Deutschen zur Kunde. Wer die Artikel gelesen hat, könnte sich wirklich für Deutschland

augenblicklich keine besseren Zustände wünschen: Eine Regierung, der äußerste Ausdruck des Volkswillens, ein Ministerium, geschäftig von König und Volk (N), ein Zustand der Städte und Landbevölkerung, wie man ihn sich besser nicht denken kann. Kurz, alles in allem: Rumänien ist das Land, in welchem reale Gerechtigkeit verbunden mit Zufriedenheit in weitestem Sinne des Wortes herrscht.

Thatsächlich muß es einen Rumänen sehr wunderbar zu Muthe sein, wenn er die „Vossische Zeitung“ liest. Sie leistet an Verunsicherung der Thatsachen weit mehr als die rumänischen Regierungskreisläufe selbst.

Von jeher war es Brauch der rumänischen Regierung, Klatsche für sich im Auslande zu machen, und es giebt wohl kaum noch einen Staat in Europa, dessen Regierung es an Lüge und Korruption mit Rumänien aufnehmen könnte — selbst die bulgarische nicht.

Die Regierung läßt gewöhnlich, die selbstverständlich zu ihren gunsten ausgefallenen Wahlen als Zeichen der allgemeinen Zufriedenheit im Volke anführen. Da letztere Zeit die Ergänzungswahl des zweiten Kollegas (Klasse), eines der festesten Bollwerke der Sozialdemokratie und des Liberalismus, zu gunsten der Regierung stattgefunden hatte, so hörte jetzt natürlich das Kurpfuscherthum der Zufriedenheit erst recht nicht auf, und jeden Tag wird immer dasselbe Lied in den Regierungszeitungen gesungen. Die „Vossische Zeitung“ nützt die sehr willkommenen Gelegenheiten aus. Es thut also Noth, ihr die Art und Weise, wie in Rumänien die Wahlen gemacht werden, zur Kenntniß zu bringen.

Bei den Senatswahlen kommt das Volk garnicht in Betracht, weil das Mindest Einkommen, welches zur Wahl befähigt, einfach von keinem aus dem Volke erreicht wird. Für die Deputirtenkammer herrscht das Dreiklassen-Wahlssystem, und zwar für die 1. und 2. Klasse das direkte, für die 3. das indirekte. Die 1. und 2. Klasse senden 145 Abgeordnete, von denen im Durchschnitt ein jeder 2008 Einwohner vertritt, die 3. Klasse wählt indirekt, und zwar folgendermaßen: je 50 Wähler schicken einen Delegirten nach der Residenz, die Delegirten vollziehen erst die Wahl; sie wählen 33 Abgeordnete, von denen jeder 11227 Einwohner vertritt. Dabei berührt die Polizei die Wahlen in höchstem Grade, kein Mittel wird gescheut: Geld, Braunwein, Verhaftung, um das Erscheinen zur Wahl zu verhindern; und wenn alles nicht wirkt, so wird die Wahl ungültig erklärt. Ein Beispiel von hunderten sei hier angeführt: im Dorfe Gordan (Nicht an der Stadt) Romaner Wahlbezirk lagen 2 Listen aus, die Regierungsliste und die der sozialdemokratischen Partei. Die Bauern nahmen den sozialdemokratischen Zettel in den Kerkel, und als sie zur Urne traten, hielten sie den Regierungszettel in der Hand, ließen aber geschickt den sozialdemokratischen Zettel in die Urne fallen. Bei Eröffnung des Urnens war der Gemeindevorsteher, der zugleich die Wahl leitete, ganz sicher, daß die Regierungskandidaten gewählt wurden, als sich aber das Gegentheil herausstellte, benutzte er nicht einmal den Wahlprozeß, sondern schloß die Urne und erklärte die Wahl für „antikonstitutional“ (wollte antikonstitutional sagen) obswar er von der Konstitution blutwenig verstand. So wird's überall gemacht, und solche Wahlen sollen als Maßstab der Zufriedenheit gelten? Daran wird selbst die „Voss. Ztg.“ zweifeln.

Nun spricht die „Vossische Zeitung“ in einem der Regierung sehr schmeichelehaften Töne von einer starken Bewegung in Rumänien, der sogenannten „patriotischen“. Wie bekannt, leben die Rumänen nicht nur in dem eigentlichen Königreich, sondern in all' den Provinzen, die das frühere Dacia n bildeten. Hierzu gehören: Siebenbürgen, Banat, Bulowina, Westarabien. Unsere Bourgeoisie, die in dem engen Rumänien nicht mehr genug heraus-schinden kann, möchte jetzt auch die Grenzen erweitern, und ein geschäftliches, einiges rumänisches Reich nach betrübtem Muster gründen. Die Bourgeoisie bekam einen Schmerzenskrampf für die von den Oesterreichern unterdrückten „Brüder“ in Siebenbürgen. So bildete sich die „patriotische Liga“, welche aus ein paar Hühnchen besteht, die sich einbilden, daß es genüge Kadava zu schlagen, Kongresse und Versammlungen (zu denen sie selbst kamen) zu veranstalten, Champagner zu trinken, um eine Revolution zu bewerkstelligen. Die Bourgeoisie aber, die wie gesagt Siebenbürgen zu ihren Geschäften braucht, stellte sich hinter diese Liga, die rumänische Regierung an die Spitze. Letzteres sucht nun die „Vossische Zeitung“ abzuleugnen, sie spricht von einer „ablehnenden Haltung der Regierung“. Das ist nicht der Fall, erheilt aus den Thatsachen: daß die Agitatoren dieser Bewegung sich überall polizeilicher Hilfe erfreuen, daß sie meistens die Eisenbahnen umsonst benutzen können, und daß sie das für die Bewegung nötige Geld von der Bourgeoisie, und thatsächlich unter der Hand von der Regierung erhalten.

Mit diesem allen sei nicht gesagt, daß die österreichische Regierung den Rumänen aus Siebenbürgen volle Freiheit gewähre. Wir Sozialdemokraten sehen die Ungerechtigkeit, die da herrscht, viel besser als die Herren Bourgeois; wir wissen aber, daß der Kampf, der jetzt geführt wird, die Siebenbürger Rumänen nur vom Regen in die Traufe führen würde, da sie es unter rumänischer Herrschaft nicht besser, eher noch schlechter haben würden. Das Volk weiß es, daß eine wahre Befreiung nur auf dem Standpunkte der internationalen Sozialdemokratie, die keine Landesangehörigkeit und Grenze anerkennt, möglich ist. Weil das Volk dies weiß, steht es nicht hinter der Bewegung, und darum schreitet auch die Bewegung nicht voran — ein neuer Beweis, daß Revolutionen nicht von oben gegen den Willen des Volks gemacht werden können.

Da die Regierung aber, die Zwecklosigkeit der Bewegung eingesehen hat, wäscht sie jetzt die Hände in Unschuld, und läßt durch seine Organe ausposaunen, daß sie die Bewegung nie unterstützen, Wohl bekommen's.

Der „Vossischen Zeitung“ aber hier einen Rath! Es sei ihr genug an dem, was sie für's deutsche Volk thut, wie Rumänen bedanken uns für die Fürsorge, denn wir wählten dann ausrufen: „Behüte uns Gott vor Freunden wie die „Vossische“, vor unsern Feinden schämen wir uns selbst.“

Eine Frucht der Abenteuerpolitik ist der Typhus, der, wie aus Mexiko gemeldet wird, infolge von anhaltenden Regengüssen unter den spanischen Truppen ausgebrochen ist. Bereits über 400 Mann liegen in den Spitalern darnieder. Die Soldaten sind tief in die Moräste gerathen, so daß an ein kriegerisches Vorgehen augenblicklich keinesfalls zu denken ist. —

In Egypten herrschen bekanntlich sehr verzwickte Zustände. Keuchlich gehört das Land zur Türkei und ist der Sultan oberster Gebieter. Thatsächlich haben die Basallensfürsten von Egypten sich vor etwa 60 Jahren von der Türkei losgerissen. Sintermalen nun Egypten, namentlich seit der Erbauung des Kanals von Suez, als Weltstraße einen außerordentlichen Werth hat, ist es für England und Frankreich ein Gegenstand höchster Begehrlichkeit geworden, und abwechselnd haben beide Mächte die Oberherrschaft in Egypten erlangt. Jetzt sind die Engländer obenauf. Der Khedive, so heißt der rechtlich unter dem Sultan stehende Fürst des Landes, möchte natürlich gern die Engländer los sein. In seinem Zorngrimmie ließ er sich vorige Woche zu einigen Aeußerungen des Unmuths hinreißen. Für diese hat er nun demüthig Abbitte thun müssen, und das hat, wie die neuesten Berichte vermelden, unter der ägyptischen Bevölkerung eine solche Aufregung hervorgerufen, daß „erstaunliche Ereignisse“ darin bestehen sollten, daß das ägyptische Volk die fremden Vormünder zum Lande hinausjagt, so wäre das etwas sehr Verwunderliches. Indes, so weit ist man dort wohl noch nicht. —

Ergebnisse“ darin bestehen sollten, daß das ägyptische Volk die fremden Vormünder zum Lande hinausjagt, so wäre das etwas sehr Verwunderliches. Indes, so weit ist man dort wohl noch nicht. —

Parlamentarisches.

Sitzung der Budgetkommission. Der Abg. Lingenß beantragte eine Resolution, der zufolge die gewöhnliche Pachtbestellung an Sonn- und Festtagen mit Ausnahme der Weihnachtzeit aufhören solle. Ferner sollte eine Vereinbarung im Westpostverein herbeiführen versucht werden, welche eine erhebliche Einschränkung des Postverkehrs an den Sonntagen bezweckt. Die Abgeordneten Müller, Bebel und Müller erklärten sich gegen den zweiten Theil der Resolution als zwecklos, auch über den ersten Theil gingen die Meinungen der Redner auseinander, worauf der Abg. Frigen die Resolution zurückzog, die auf dem Wege einer Vereinbarung der verschiedenen Fraktionen in entsprechender Gestalt an das Haus gelangen soll.

Die Kommission ging alsdann zur Feststellung der Einnahme des Postetats über.

Abg. Bebel beantragte die Einnahmen für Post- und Telegraphengebühren von 245 500 000 M. auf 248 970 000 M. zu erhöhen und fügte sich bei Begründung dieses Antrages darauf, daß nach der eigenen Darstellung der Postverwaltung diese Einnahmehöhe angenommen werden könne, wenn die Postverwaltung im laufenden und im kommenden Staatsjahr auf eine ähnliche Erhöhung der Einnahmen rechnen könnte, wie in den vorhergehenden Jahren. Der Antrag wurde von seiten des Direktors im Schakamt Achenbomst und des Staatssekretärs Dr. v. Stephan eifrig bekämpft. Letzterem entschlüpfte hierbei das Geständnis, daß die drohende Quittungshierarchie als eine Belastung des Verkehrs auch die Einnahmen der Postverwaltung schädigen würde, ein Geständnis, das der Abg. Singer sofort annahm und für anderweitige Vertheiligerleistungen plädierte. Des weiteren befürwortete der Abg. Richter den Antrag Bebel, der schließlich mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

Nach Erledigung des Postetats entstand eine Diskussion über das Verhältnis der Einnahmen im Pacht- und Zeitungsverkehr zu den Kosten für diese Zweige der Verwaltung. Auch fragte der Abg. Müller, wieso es komme, daß die Ueberschüsse der Reichspost niedriger seien als z. B. in England und Frankreich. Staatssekretär Dr. v. Stephan gab die gewünschten Aufklärungen, wobei er hervorhob, daß die Kosten des Pachtverkehrs, weil vollständig verworken mit dem übrigen Verkehr, nicht festzustellen seien. Bei dem Zeitungsverkehr schloß die Postverwaltung erheblich zu und sei eine andere Regelung des Postbetriebs für Zeitungen in Aussicht genommen. Die geringeren Ueberschüsse im Vergleich zu anderen Ländern rührten daher, daß Deutschland eine Menge von Vertheilereinrichtungen habe, die anderen Ländern abgingen, so der billige Pachtverkehr, die Zeitungs Expeditionen, die häufige Briefbefestigung selbst in kleineren Städten und auf dem Lande, die Gründung von Postämtern in einer Menge kleinerer Orte, die bessere Bezahlung der Beamten u. s. w. Eine Verbilligung der Telegraphengebühren für kleinere Städte, die der Abg. Müller anregte, lehnte der Staatssekretär als unmöglich ab.

Der Etat der Reichsdruckerei wurde ohne Debatte nach den Voranschlägen erledigt.

Beim Etat für das auswärtige Amt wurde die Kreierung einer Direktorialstelle für die Koloniensverwaltung von sozialdemokratischer und freisinniger Seite beanstandet. Von konservativer Seite verlangte man die Einrichtung eines Kolonialamts, die geforderte Direktorialstelle verweigerte man und wolle sie gegebenenfalls, wie die gleichen Stellen in Preußen, nur mit 15 000 M. dotiren. Die Stelle wurde durch die Stimmen des Zentrum, der Nationalliberalen und Freiservativen bewilligt. Abschließend vertagte sich die Kommission wegen Beginn der Plenarberatung.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Wien, 29. Januar. Bei der heute Nachmittag hier abgehaltenen allgemeinen Versammlung der Schneider kam es zu tumultuarischen Szenen, die in Schlägereien zwischen Christlich-Sozialen und unabhängigen Sozialdemokraten ausarteten. Die Versammlung wurde insolge dessen befehdlich aufgelöst.

Briefkasten der Redaktion.

Treuer Genosse, Schida. Wenn in dem bei den Grundalten befindlichen Altenheilvertrag, was wahrscheinlich ist, es so stand, wie Ihr Vater sagt, so kann der Besizer sich nicht weigern, alles weiterzugeben. Brieflich antworten wir nicht.

R. Abb. 1. Ja. 2. Senat.
W. B. 34. Nichts zu machen.
N. Wendt. Betriebssteuer ist zu bezahlen.

W. S. Auch im Gewerbegerichtsverfahren müssen vom Unterliegenden Gerichtskosten, Verwalterkosten des Obfliegenden und Zeugengebühren bezahlt werden.

S. S. 54. Das kommt nicht, wie Ihr Onkel meint, darauf an, was das Gericht beschließt, sondern nur darauf, was im Testamente steht. Ist Ihrer Braut außer den 600 M. ausdrücklich nur das Vermacht, was beim Tode der Schwester noch da sein wird, so kann diese die Grundstücke veräußern oder belasten. Sonst kann Ihre Braut nach des Onkels Tode auf grund des Testaments im Grundbuche eintragen lassen, daß das Erbe einmal an sie fällt.

E. Sch., Nimmelsburg. Rathhaus.
Demant. Die Reichstags-Abgeordneten bekommen keine Diktä.

G. Wels. Ersehen Sie dem Vereine das Geld und klagen Sie dann in eigenem Namen beim Amtsgericht l. Neue Friedrichstraße 13, wo Sie die Klage zu Protokoll geben können.

Regelklub. Rein.
W. R. 61. Die Stellung eines anderen Miethers entbindet Sie nur, wenn der Verwalter einverstanden ist. Ob Ihre mündliche Zusage, die andere Wohnung zu übernehmen, bindend ist, kann nicht ohne Weiteres beantwortet werden. Das richtet sich danach, wie hoch die Miethe für die neu zu übernehmende Wohnung war.

W. S., Karlsrufer. 1. Ihr Kousin muß im Bureau des Thiersehvereins Drebenenerstr. 45 nachfragen, was es mit dieser Anordnung für eine Bewandniß hat. Uns ist nichts davon bekannt. 2. Versicherungspflichtig.

A. J. 101. Kann stehen.

Ab. Schön, Kistritz. § 74 des Krankenlaffengesetzes sagt deutlich, daß der Beitritt zur Ortskrankenlaffe oder Gemeindekrankenversicherung nur dann erfordert wird, wenn das Mitglied von seiner freien Hülfsklasse nicht ein ebenso hohes Krankengeld bekommt, wie die örtliche Zwangsklasse gewährt und außerdem Bezahlung von Arzt- und Apothekerrechnung in ihrer wirklichen Höhe. Der früher übliche Ertrag der Heilungskosten durch eine Pauschalsumme genügt nicht mehr. Mitglieder von freien Klassen, die bloß das geben, müssen der Ortskrankenlaffe beitreten. Mitglieder, die bei einer freien Klasse in einer unteren Klasse versichert sind, deren Krankengeld geringer ist, als das der Zwangsklasse am Arbeitsort, haben eine vierzehntägige Frist, um sich in einer höheren Klasse versichern zu können.

W. G. 1000. Beantragen Sie schriftlich die Ausfertigung des Urtheils und Zwangsvoollstreckung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 30. Januar.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Gesung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Kean.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Königs-Theater. Colotte. Der Muttergatte.
Neues Theater. Gisela.
Central-Theater. Herr Coullisset. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitan Grant.
Alexanderplatz-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Oberkeiser.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten!
Charley's Tante.
 Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Dugo Buisse.
 Regie: Max Samst.
 Musik von Adolph Wiedede.
 Vorher:
Der Teufel in Berlin.
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudent.
 Musik von W. Wiedede. Regie: Max Samst.
 Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Lumpensusanne
 oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
 Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Vorbild von Oskar Wagner).
 Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprüftes Mädchen.
 Franziska Häser.
Die Bombe. Aftersommertheater im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“.
 Josephine Delouissour.
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit.
 Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des besten Baugredners d. Jetztzeit
H. Blank.
 Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
 von Martin Bendix.
Auftr. sämtl. Spezialitäten.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Gratweil'sche Bierhallen

Romanfontänenstr. 77-79.
 Welt u. größt. Etablissement Berl.
Neues Programm.
 Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.
National-Konzert
D. Obenlander
 in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
 Mr. Kauning, Concertmaler.
 Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung verlost wird.
 Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazi.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
 Musik von Franz Roth.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
 Zum 8. Male:
Herr Coullisset.
 Schwank in 3 Akten v. Blum u. Lohé.
 Hieraus zum Berlin 1893.
 88. Male:
 Revue in 2 Akten von L. Leipziger.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
 Men! Men! Men!
Ein Stiergefecht in Cadix.
 Große Ausstattung. Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hernandez Beiso und sämtlichem Theaterpersonal.
 Anfang: { Sonntags 6 Uhr.
 Wochentags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 50 Pf.

Böhmisches Brauhaus.

Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
 Zum Schluss höchster Lacherfolg!
Eine Soiree bei Lehmann's.
 Gr. parodistisches Ensemble von Meyfel.
 Donnerstag: Sanssouci.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Dienstag, den 30. Januar cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
 Besonders gewähltes Programm:
 Auftreten sämtlicher Künstler und Künstlerinnen, sowie Reiten und Vorführen der bestdressierten Schul- und Freizeitsperde meines Marstalles.
 Komische Entrees von sämtl. Clowns und des Miniatur-August Mr. Steard.

Unsere Marine.

oder:
Die lustigen Burschen von der Flotte.
 Großes Balletdivertissement in 1 Akt, arrangiert vom Balletmeister Herrn R. Riegel, unter Mitwirkung von 30 Damen des Corps de ballet und 16 Herren der Gesellschaft.
 Zum Schluss der Vorstellung:
Die Fuchsjagd bei Bolton.
 Hochinteressantes Jagdbild.
 Theilnehmer der Jagd 40 Damen und Herren mit englischen Hals- und Vollblutspferden. Lanzeinlage:
La Postillone-Mazurka,
 arrangiert vom Balletmeister R. Riegel, getanzt vom gesamten Balletcorps.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
 Hochachtungsvoll und ergebenst
 G. Schumann, Direktor.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Dienstag, den 30. Januar cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
 Vollständig neue Ausstattung. Neue Einlagen. Ueberrothende Wasser- und Lichteffekte. Die kleinste Solotänzerin der Welt.
 Außerdem: 6 Rappen und Caroussel von 30 Pferden, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Das Schulpferd Maestoso und der Steiger Alp, ger. von Fr. Oceana Renz. Great Hurdle-Race von 20 Pferden. Zum 1. Male: 2 Athleten, dargestellt v. Mr. Fassio und Mr. Franco. Die Redaktionsrinnen Geschwister Hoffmann. Die Akrobaten auf d. Telephondraht Zalva, Espana und Alvar. etc.
Preise wie gewöhnlich.
Der Circus ist gut geheizt.
 Mittwoch: Ein Künstlerfest.
 Fr. Renz, Direktor.

Meinem Freunde G. Lies zu seinem heutigen Wiegenfeste ein drei Mal donnerndes Hoch von seinem
 1821b G. W.
 Hermann, merke wie?

Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß der Zimmermann **Heinrich Ringer** 1517b im Alter von 73 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet am 31. Jan., Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Kirchhofes aus statt. Die Hinterbliebenen.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
 Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Spezial-Ausflug von Vahenhofer Jagerbier, hell und dunkel.
 An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Concordia-Festsäle

C. Saeger,
 61. Andreasstraße 61.
Donnerstag, den 1. Februar:
Grosse Soiree der Norddeutsch. Sänger
 Ausgewähltes Programm.
 Nachdem: Familien-Kränzchen.
 Familien-Billets und Passpartouts haben Giltigkeit.
 Anfang 8 Uhr.
 65/14 C. Saeger.



Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
 Siederspiel von H. Linderer.
 Auftreten sämtl. Spezialitäten.

Nur noch kurze Zeit!
Präuser's anat. Museum.
 Men: Kehlkopf-tuberkulose, Kehlkopf-polyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milanchkrankheiten.
Schnitzkabinett durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
 täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Blumenhandlung

P. Abromeit, Glückerstraße 69,
 Berlin SW. 55472
 Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
 Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Sehr hohe Preise

zähle ich für Briefmarken aus alten Briefschaften und für ganze Sammlungen. Tausch erwünscht. Große Auswahl in Briefmarken-Albums.
Julius Kaim, Cigarren-Import,
 SW., Friedrichstr. 236, VI. 2295.
W. Potsdamerstr. 20, Hofpart.
 *] Kein Laden.



KRONEN-GARN
 1000 YARDS
 50358*

Bestes Nähgarn!

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L.
Robert Meyer,
 Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Viergeschäft, gangbar, Dampf-tischlerei i. Hause, sofort weg. anderer Uebernahme zu verk. Friedrichsberg, Friedrich-Karlstr. 32. 1428b

Homöopathisches Institut.

System nach Dr. Hahnemann, Gräner Weg 41, 1 Tr. 10-12, 3-5.
 Bestellung auf den „Sozialdemokrat“ u. „Vorwärts“ nimmt entgegen 1527b
Max Kirsch, Spediteur,
 Ritterstraße 107, Ecke Prinzenstraße 28.

Kleiderpind
 u. Vertilov sof. spottb. Oranienstr. 108, 3 Tr. r.
 Ringschiffchen 80 M. verk. Gmle, Dennewitzstr. 1, v. p. 1830b

Freie Volksbühne.

Am **Donntag, den 11. Februar,** Nachm. 2 1/2 Uhr, findet für die V. Abtheilung im **Lessing-Theater** eine Vorstellung statt.
 Zur Aufführung gelangt:
Das Falliment.
 Die übrigen Februar-Vorstellungen müssen um eine Woche hinausgeschoben werden, so daß die Vorstellung für die **I. Abtheilung am 11. Februar** stattfindet. — Zur Aufführung gelangt:
Kabale und Liebe.
 Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von **Friedrich Schiller.**
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 J. A.: Julius Türk. SW., Solmsstr. 24. 897/9

Klavierarbeiter!

Große öffentliche Versammlung
 am **Dienstag, den 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,** in den „**Concordia-Festsälen**“, **Andreasstraße Nr. 61.**
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Paul Jahn über: „Gefängnisarbeit“ und die Produktionsweise des Pianofortefabrikanten Joseph, in Firma Mittag Nachf.
 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission.
 Alle Klavierarbeiter und Pianofortefabrikanten sind hierzu verpflichtet, zu erscheinen.
 Der Pianofortefabrikant Joseph ist brieflich eingeladen.
 J. A.: Der Einberufer.

Große öffentliche Volks-Versammlung

am **Dienstag, den 30. Januar, Abds. 8 1/2 Uhr,** im Saal des Herrn **Spieß, Frankfurter Allee 193.**
Tages-Ordnung:
 1. Boykott der Charitee. Referenten Genossen Dr. Heymann und Adler.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Genossen von Stralau-Hummelsburg, Friedrichsfelde und Osten Berlins werden besonders auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.
 899/15 Die Vertrauensperson.

Charlottenburg.

Mittwoch, den 31. Januar, Abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Heinrich Krause, Bismarckstr. 74:**
Mitglieder-Quartals-Versammlung
 des Sozialdemokratischen Wahlvereins für **Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 2. Wie stellt sich der Verein zur Neugestaltung der Organisation? 3. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. — Um rege Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Genossenschafts-Bäckerei f. Berlin u. Umg.

(Eing. Genossenschaft mit beschr. Haftung.)

Debet.		Bilanz-Conto.		Credit.	
1893 Juni 30.	M. Pf.	1893 Juni 30.	M. Pf.		
An Cassa-Conto	804 72	Per Creditoren-Conto	30 394		
„ Debitoren-Conto	1 007 15	„ Genossenschaftler-Conto	6 890		
„ Utenfilien-Conto	8 028 24				
„ Pferde- u. Wagen-Conto	4 718 26				
„ Cas-Kautions-Conto	269				
„ Waaren-Conto	16 144 18				
„ Gewinn- und Verlust-Conto	6 074 42				
	Summa 37 224		Summa	37 224	

Debet.		Gewinn- und Verlust-Conto.		Credit.	
An Waaren-Conto Filiale 8	M. Pf.	Per Waaren-Conto Filiale 1	M. Pf.		
„ Handlungsunloft-Conto	577 55	„ „ „ „ 2	2 117 92		
„ Fuhr-Conto	1 102 89	„ „ „ „ 3	1 829 87		
„ Utenfilien-Conto	4 391 01	„ „ „ „ 4	982 12		
„ Verwaltung-Conto	1 374 74	„ „ „ „ 5	1 108 12		
„ Gerichtskosten-Conto	287 70	„ „ „ „ 6	6 387 97		
„ Kranke u. Invaliden-Conto	102 55	„ „ „ „ 7	969 49		
„ Fracht- u. Kollgeld-Conto	305 85	„ Bilanz-Conto	6 074 42		
„ Verlust am 1. April 93	13 190 68				
	Summa 21 538 57		Summa	21 538 57	

Es hatten 963 Genossen mit einer Haftsumme von 6 830,— M. Berlin, den 30. Juni 1893.
 97/15 **Der Vorstand.**
 L. Froytag, Geschäftsführer. H. Grashold, Kassirer.

Zentral-Verband deutscher Maurer.

Zahlstelle Berlin 1. (Putzer). 249/10
Sonnabend, den 3. Februar 1894:
Großer Wiener Maskenball
 in **Concerthause Sanssouci, Kottbusserstr. 4.**
 Billets à 50 Pf. sind beim Vorstand und Komitee zu haben.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW, Beuthstr. 2.
 In den nächsten Tagen erscheint:
Protokoll
 des
Internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongresses
 in **Zürich**
 vom 6. bis 12. August 1893.
 Preis broschirt 40 Pf.

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung vom 29. Januar 1894, 1 Uhr.
Am Bundesratsstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, Graf v. Posadowsky, v. Marschall, Riquel.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Beratung die Erklärung betr. die Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien auf die Zeit bis zum 31. März d. J. und tritt dann in die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches ein.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die verbündeten Regierungen hatten den großen Wunsch, daß die Finanzvorlagen als ein Ganzes betrachtet würden, daß diese jetzt zur Beratung stehende Vorlage zuerst zur Beratung kommen sollte. Der Reichstag hat zuerst die Einzelvorlagen zur Beratung gestellt und die Finanzreformvorlage erst am Ende der Beratung gestellt; dieser Beschluß war den verbündeten Regierungen zunächst höchst unerwünscht, aber jetzt glauben sie den Parteien, welche nicht aus sachlichen, sondern nur aus taktischen Gründen für dieses Verfahren gestimmt haben, danken zu müssen, daß sie durch die Zurückstellung dieser Vorlage den Einzellandtagen Gelegenheit gegeben haben, sich über diese Vorlage auszusprechen. Dadurch ist das Verständnis für die Vorlage erheblich gewachsen. Verschiedene Einzellandtage haben die dringende Notwendigkeit der Reform anerkannt. Man hat es böse mit uns machen wollen, es ist aber zu unserem Vorteil ausgefallen. Die verbündeten Regierungen geben von der Notwendigkeit der Vorlage aus. Das Reich soll auf seine eigenen Einnahmen angewiesen werden und keine Rückschlüsse mehr auf die Finanzen der Einzelstaaten ausüben dürfen. Die Gegner der Vorlage haben zunächst die Reichs-Einkommensteuer vorgeschlagen. Mit dieser Gruppe brauche ich mich nicht zu beschäftigen, da die Reichs-Einkommensteuer als unüberwindlich anerkannt ist. Eine zweite Gruppe will die Reichsfinanzreform verschoben bis auf andere Zeit. Eine dritte Gruppe sind diejenigen, welche offen für die Finanzreform eintreten, aber einige Änderungen an den Steuervorlagen wünschen. Eine große Mehrheit besteht für die wesentliche Erhöhung der Biersteuer. Damit ist die Regierung einverstanden, aber wir wollen nicht verfahren wie der Wilde, welcher den Baum umschlägt, um die Früchte zu erlangen. Der Börse, namentlich auch der Berliner Börse, sind erhebliche fremde Kapitalien anvertraut, und eine zu hohe Besteuerung würde diese Kapitalien verjagen und dadurch ungünstig zurückwirken auf Handel und Wandel. Es ist auch von der Mehrheit gesprochen. Diejenigen, die wegen körperlicher Fehler unbrauchbar geworden sind für den militärischen Dienst, sind auch größtenteils in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt. Man kann sie also nicht besonders belasten und schließlich könnte man nur eine Einkommensteuer für sie einführen und zwar nur von minimalen Beträgen, denn die betreffenden Personen gehören meist den untersten Volksklassen an und es würde sich dabei wie bei den untersten Stufen der Klassensteuer in Preußen herausstellen, daß die Kosten der Veranlagung und Einziehung der Steuer in keinem Verhältnis zu ihrem Ertrage stehen würde. Man hat die Aufhebung der „Liebesgabe“ verlangt. Die Regierung muß sich im Interesse der nachbleibenden Landwirtschaft dagegen aussprechen, daß die „Liebesgabe“ beseitigt werde, daß die Steuer, welche jetzt schon 200 pCt. des Wertes beträgt, noch erhöht wird, während andere Luxusartikel unbesteuert bleiben. Gegen die vorgeschlagene Infratensteuer hat sich die gesammte Presse von rechts und links mit großer Einmütigkeit ausgesprochen. Eine mäßige Infratensteuer würde die Geschäfte sehr wohl tragen können, aber man würde uns mit dem Einwand kommen, daß die arme Witwe, welche ein Zimmer vermieten will, ungerichtet besteuert würde. Es ist uns eine Erhöhung der Biersteuer vorgeschlagen. Wenn der Reichstag eine Erhöhung der Biersteuer beschließen würde, so würden die verbündeten Regierungen die Frage wohl in Erwägung ziehen. Aber die Herren aus Bayern werden dagegen wohl lebhaft Widerspruch erheben, denn sie haben von der Erhöhung der Biersteuer nichts, sie möchten nur ihre Matrifularbeiträge erhöhen und da wäre ihnen schließlich die Tabaksteuer doch lieber. Jeder Steuer hält man entgegen: Ja, die Leute sind alle ganz gute Patrioten, aber wenn diese oder jene Steuer eingeführt würde, dann würden sie unzufrieden werden. Solche Drohungen sind doch eigentlich nicht am Platze; den Sozialdemokraten muß dabei das Herz im Leibe lachen, denn sie brauchen den Baum gar nicht mehr zu schüttern, die Früchte sollen ihnen durch den Anhang der Parteien von selbst in den Schooß. Die Zahl der freiwilligen Mitarbeiter ist eine sehr große; es giebt darunter auch einige, welche ernst genommen sein wollen. Aber mit diesen Vor schlägen kommen wir nicht weiter. Was will die Reichsfinanzreform? Sie will die Einzelstaaten schätzen gegen die Schwankungen der Ueberweisungen vom Reich und will die Ueberträge der letzten Jahre verwenden für einen Reservefonds zur Deckung der Fehlbeträge der schlechten Jahre. Die Frankenstein'sche Klausel wird aufgehoben. Diejenigen, welche mit der größten Schärfe gegen dieselbe gesprochen und dagegen gestimmt haben, sind jetzt die eifrigsten Verteidiger derselben. Der Gedanke der Klausel war der, den Einzelstaaten einen Antheil an den neu beihiligten indirekten Steuern zu gewähren für die Erleichterung ihrer Steuern und für ihre Staatsausgaben. Redner giebt eine Uebersicht der Ueberweisungen des Reichs an die Einzelstaaten. Wer jetzt gegen die Vorlage stimmt, der will also, daß die Matrifularbeiträge steigen, daß die Ueberweisungen ganz verschwinden, daß die Einzelstaaten an das Reich zahlen. Das widerspricht den Versprechungen, welche bei der Einführung der Frankenstein'schen Klausel gemacht worden sind. Wir wollen die Ueberweisungen an die Einzelstaaten pauschalieren. Daß die Einzelstaaten dabei ein schlechtes Geschäft machen, ist nicht richtig. Der Schwerpunkt bei den Reichsfinanzen liegt gerade in der Bewilligung der Ausgaben und der Einnahmen in Form von Matrifularbeiträgen. In Zukunft soll, wenn der Etat nicht in sich selbst balanciert, durch ein besonderes Gesetz die Deckung erfolgen aus eigenen Einnahmen des Reichs. Man hat die Begründung eines Reichsfinanzministeriums für besser erachtet, als die vorgeschlagene Reform. Es wäre richtig, der mangelhaften Gestalt der Reichsfinanzverwaltung etwas mehr Halt zu geben. (Sehr richtig! links.) Aber die Schaffung eines besonderen Finanzministeriums neben dem allein verantwortlichen Reichskanzler hat doch schwere verfassungsrechtliche Bedenken. Welche Stärkung der Finanzverwaltung und des Reichstages liegt in dieser Reichsfinanzreform? Die Finanzverwaltung wird dadurch härter wie jeder Finanzminister, der unter Umständen auch schwach werden kann. Das Staatschiff des Deutschen Reiches hat zwei Leck: das eine ist die fortwährende Steigerung der Matrifularbeiträge, das andere ist der fehlende Zwang zur Schuldentilgung. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß es sich hier um eine haushälterische Maßregel handelt, die ein Regulator für die Reichsfinanzen werden wird und die dringend notwendig ist.

Abg. Lieber (B): Wir halten an der Frankenstein'schen Klausel fest. Eine Schuldentilgung ist zur Zeit nicht zu erreichen ohne eine wesentliche Erhöhung der indirekten Steuern im Reich. Diese Steuererhöhung ist bei dem Darniederliegen von Handel

und Gewerbe um so bedenklicher, als die Steuern schon wesentlich auf den minder bemittelten Klassen lasten; daneben sind die in Aussicht genommenen Steuervorlagen als nicht geeignet von allen Seiten anerkannt worden. Von den hervorragenden Parteiführern, von Windthorst, von Frankenstein und von Huene ist die Aufrechterhaltung der Matrifularbeiträge als die Grundlage des föderativen Systems, als das einzige Finanzrecht des Reichstages bezeichnet worden. Die Bedeutung der Frankenstein'schen Klausel hat man allmählich vergessen, und es ist ein wahres Glück, daß durch die Hinausschiebung dieser Vorlage man in der Lage ist, sich über die Bedeutung der Frankenstein'schen Klausel eingehend zu unterhalten. Die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen und den Verbrauchssteuern wurden auf 130 Millionen Mark beschränkt; das darüber hinausgehende wurde den Einzelstaaten überwiesen, welche seitdem 2 1/2 Milliarden Ueberweisungen erhalten haben, und wenn man die Matrifularbeiträge nachrechnet, blieb den Einzelstaaten immerhin eine Summe von 287 Millionen Mark. Den Werth der Frankenstein'schen Klausel erkannte man erst, als ihre Wirkung in das Gegentheil umschlug, als die Matrifularbeiträge höher wurden als die Ueberweisungen. Man hält es jetzt beinahe für ehrenrührig, sich mit der Regierung in Uebereinstimmung zu befinden, hat Fürst Bismarck einmal hier gesagt, und hinzugefügt, wenn er nicht zur Regierung gehörte, würde er diesem Laster auch verfallen. (Heiterkeit.) Der Gedanke der Vorlage gehört durchaus nicht der Regierung allein; es ist der Gedanke, der dem Vater der Frankenstein'schen Klausel vorgeschwebt hat. Aus den ganzen damaligen Verhandlungen geht hervor, daß die Absicht der Frankenstein'schen Klausel dahin ging, den Einzelstaaten eine finanzielle Erleichterung zu schaffen. Als vom Reichsschatzamt darauf verwiesen wurde, daß die Frankenstein'sche Klausel schon dann beachtet sei, wenn die Matrifularbeiträge den Ueberweisungen das Gleichgewicht hielten, da erhob zuerst nicht das Zentrum, sondern Abg. Richter dagegen Widerspruch. Soweit die Finanzreformvorlage diese Bedeutung der Frankenstein'schen Klausel zu bessern sich bemüht, verdient sie dankbare Anerkennung für ihr Bestreben, nicht für die Art ihrer Ausführung. Schon 1887 und 1888 haben Windthorst und v. Huene darauf hingewiesen, daß es mit der indirekten Besteuerung ein Ende nehmen müsse, daß das Reich sich einschränke, daß die direkten Steuern in den Einzelstaaten gleichmäßig ausgebildet sein müssen. Das müssen wir erst abwarten und deshalb lehnen wir jetzt die Reformvorlage ab. Es ist bekannt, wie schlecht die Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnisse sind und wenn auch Anzeichen der Besserung vorhanden sind, so wollen wir doch erst abwarten, ob diese Anzeichen sich auch weiter als verheißungsvoll ausweisen. Angesichts der Nothlage solche Pläne durchzuführen, fehlt uns der Muth, zumal weder die Weinsteuer noch die Tabaksteuer in der vorgelegten Form unsere Zustimmung finden kann.

Wir werden uns alle Mühe geben, in der Steuerkommission möglichst so viel zu beschaffen, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Wir werden aber auch durch nachdrückliche Wünsche am Reichshaushaltetat möglichst Ersparnisse zu machen versuchen, um überhaupt mit dem größten Nachdruck auf den Beginn der Sparanstalten zu dringen, von der bisher so viel geredet ist, mit welcher aber endlich einmal der Anfang gemacht werden muß.

Abg. Ricker (Str. Bg.): Ich würde die Vorlage unter keiner Bedingung annehmen. Herr Miquel wird wohl seinen Anspruch, den er im preussischen Abgeordnetenhaus erhalten hat, daß außer Ricker kein Reichstag gegen die Vorlage wäre, zurücknehmen müssen. Diese Vorlage ist wohl erledigt. Ich bin jetzt entschlossen, das Versprechen zu halten: Wir werden keine Steuer zur Deckung der Militärvorlage bewilligen, welche die unteren Volksklassen belastet. Gegner der Frankenstein'schen Klausel sind wir nicht. Wir hätten gern die Matrifularbeiträge ersetzt durch bewegliche Reichssteuern, wie sie Herr Miquel einmal vorgeschlagen hat. So lange das nicht geschehen ist, werden wir für die Matrifularbeiträge eintreten. Auf die einzelnen Theile der Vorlage einzugehen widerspricht mir; sie ist ja eigentlich erledigt. Lieber würde ich die Vorlage in zweiter Lesung im Plenum weiter berathen sehen, als in der Kommission.

Das Defizit in Preußen ist nur ein rechnungsmäßiges. Der Schatzsekretär hat verwiesen auf die Hilfe, welche der Finanzminister im preussischen Landtage gesucht und gefunden hat. Herr Miquel ist ja jetzt der Abgott der ganzen Nation; wer das vor 10 Jahren prophezeit hätte! In Baden und Bayern sind die Steuerprojekte nicht mit demselben Wohlwollen aufgenommen wie im preussischen Landtage. Wir befinden uns in Preußen in einem Uebergangsstadium, nicht bloß bezüglich der Eisenbahnen, sondern auch bezüglich der Einkommensteuer und Vermögenssteuer. Werden diese Steuern nicht erhebliche Ueberschüsse ergeben? Die Aufhebung der Liebesgabe beläuft der Schatzsekretär. Sein Vorgänger wollte ja einen Theil derselben einziehen. Der Schatzsekretär sprach von der Nothlage der Landwirtschaft. Will man eine Untersuchungskommission einsetzen von unparteiischen Männern jeder Richtung, wir sind einverstanden damit. Was würden aber darüber für Klageslieder ertönen! (Widerspruch rechts.) Was man an einzelnen Ziffern angeführt hat, hat keine Bedeutung. Wir müssen diese Vorlage aus finanziellen und konstitutionellen Gründen ablehnen. Nach Ablehnung der Militärvorlage war eine Bewegung unter den vermögenden Leuten, die Kosten der Militärvorlage auf ihre Schultern zu nehmen. Auf diesem Standpunkt siehe ich heute noch und ich habe mich nicht davon abbringen lassen. Es wäre ein Bruch des Vertrauens großer Volkskreise, wenn von diesem Standpunkte abgegangen würde. (Zustimmung links.)

Finanzminister Miquel: Ich wundere mich, daß Herr Ricker behauptet, nur die Agrarier ständen auf meiner Seite; er hat doch selbst den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus beigewohnt und weiß, daß nur er und Herr Richter gegen die Reform sich erklärt haben. Die Nationalliberalen und auch das Zentrum sind dafür eingetreten. Wie lange sollen wir überhaupt noch warten mit der Finanzreform und welches Unrecht thut man den Einzelstaaten, welche ihr Steuersystem seit längerer Zeit organisiert haben? Man wird später bedauern, daß man heute nichts weiter wußte, als die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen. In der Zwischenzeit werden die Einnahme-Ausfälle und die Ausgabenvermehrung gedeckt werden müssen durch Erhöhung der direkten Steuern in den Einzelstaaten und es wird nicht gelingen, im Reich nachher dafür Deckung zu finden. Man wird dann weiter auf die Matrifularumlagen zurückgreifen, dann ist die ganze Frankenstein'sche Klausel dahin, wie das Herr Lieber ausgesprochen hat. Wir wollen den Einzelstaaten einen Antheil an den direkten Steuern sichern, wie das 1879, 1885 und 1887 festgesetzt ist. Wir treten damit für das eigentliche Ziel der Frankenstein'schen Klausel ein. (Lachen links.) Steuern auf Vorrath will ich nicht; aber wie muß die Gefahr wachsen, wenn ich nicht bloß meine eigenen paraten Mittel verbräuche, sondern auch die anderer. Das geschieht durch die Matrifularumlagen. Hat das Reich eine Einwirkung darauf, wie die Matrifularumlagen in den Einzelstaaten gedeckt werden? Nicht im geringsten! Das ist ein antediluvianischer Zustand, der auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Einzelstaaten müssen ihre Kulturaufgaben zurückstellen, sie

können nicht einmal für die Justiz u. s. w. ordentlich sorgen. Es besteht ein Unterschied von 112 Millionen zwischen den Ueberweisungen und den Matrifularumlagen innerhalb der letzten 5 Jahre. Das allgemeine Gefühl in ganz Deutschland geht dahin: So kann der Zustand nicht weiter aufrecht erhalten werden. (Zustimmung rechts. Lachen links.) Das sagen wir auch! Werden die Ausgaben auf die Einzelstaaten geworfen, dann wird die Mißstimmung eine noch viel größere sein. Wir leben jetzt im Reich nur von der Hand in den Mund ohne dauernde organische Zustände, die zur Vollendung des Reichs gehören. Die verbündeten Regierungen hatten bisher die Hoffnung, daß eine grundsätzliche Aenderung gelingen würde. Aber sie durften ihre Pflicht gegen die Einzelstaaten nicht verläßeln, sie mußten den Finger auf die Wunde legen und den Weg zeigen, den man betreten konnte. Sie können die Vorlage ablehnen, aber wenn sie abgelehnt wird, so wollen wir abwarten, ob sie damit für immer todt ist. Sie wird schließlich zur Annahme gelangen müssen, weil sie eine politische und finanzielle Nothwendigkeit ist. Sie ist nicht willkürlich erfunden, sie ist kein Automaten; sie ist die logische Weiterentwicklung des Reichs. Wenn andere Formen gefunden werden, so werden wir dagegen nichts einzuwenden haben. Die Nothlage der Einzelstaaten wird immer gefährlicher, je größer die Ausgaben des Reichs bemessen werden. Alle Vorschläge bedeuten nichts als: wir wollen Alles beim Alten lassen! Der § 5 ist dahin gedeutet worden, daß die Ausgaben nur durch indirekte Steuern gedeckt werden sollen. Das ist nicht richtig! Es soll von diesen Zuschlägen zu den Stempel- und Verbrauchssteuern nur Gebrauch gemacht werden, wenn andere Steuerquellen nicht eröffnet werden können. Es bleibt also die Möglichkeit einer direkten Einkommensteuer immer noch vorhanden. Meine Meinung geht auch dahin, daß die Steuerreform nicht unbedingt die Bewilligung von 40 Millionen Mark Ueberweisungen verlangt. Auf die Reform selbst wird wohl mehr Gewicht gelegt werden, als auf den Betrag; denn es muß hier eine Auseinandersetzung stattfinden, wenn nicht heute, so doch morgen. Ich sehe den Zeitpunkt kommen, wo der Reichstag selbst diese Reformen verlangen wird. (Lachen links.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (dt.): Ich habe selten ein Gesetz gesehen, dessen Grundlage politisch so bedeutsam und so richtig ist, wie dieses. Es müssen neue Methoden geschaffen werden, um die Frankenstein'sche Klausel wieder zur Geltung zu bringen. Das Reich hat sich die besten Einnahmequellen, die indirekten Steuern, allein vorbehalten. Deshalb muß ein Weg gesucht werden, um die Einzelstaaten an den indirekten Steuern theilnehmen zu lassen. Denn es ist jetzt so weit, daß die direkten Steuern im Verhältnis zu den meisten andern Staaten bei uns höher sind als die indirekten. Die Sozialdemokraten und die Liberalen haben die Tendenz, die progressive Einkommensteuer auch im Reich herbeizuführen. Deshalb drängen sie dem Einzelstaaten zu und wollen die Matrifularbeiträge beseitigen. Wenn diese aber stets wachsen, dann wird sich die Tendenz entwickeln, vom Reich loszukommen. Wenn die Vorlage angenommen wird, dann ist der Reichstag in die Nothwendigkeit versetzt sein Defizit in den laufenden Einnahmen, durch Anleihen zu decken. Das ist bisher nicht der Fall. Das wird ein Compelle zur Sparsamkeit sein. Im Reich hat sich eine freigebige Wirtschaft entwickelt; dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen die gegenwärtige Zeitung, er richtet sich überhaupt nicht gegen Personen, sondern gegen die Organisation. Der Finanzminister kann nicht durch ein Veto die Vermehrung der Ausgaben hindern; der Chef aller Ressorts ist der Reichskanzler; der Reichs-Schatzsekretär ist sein Untergeordneter und der Gleichgeordnete aller anderen Ressortvertreter. Und wie arbeiten diese Ressorts! Wir werden uns nicht bindern lassen, die Vorlage, wenn sie wiederkommt, zu untersuchen. Eine gute Sache kämpft sich von selbst durch. (Beifall rechts.)

Um 4 1/4 Uhr wird die weitere Beratung bis Dienstag 1 Uhr vertagt.

Parteinachrichten.

Von dem Cypermuth der Klassenbewußten Arbeiter Bremerhavens zucht am besten der Klassenbericht des Sozialdemokratischen Vereins. Aus demselben ersehen wir, daß die Einnahmen im vierten Quartal 1893 die Höhe von 1306,50 M. betrugen, die Ausgaben 996,29 M. Die Gesamteinnahme im verfloßenen Jahre stellte sich auf 6004,98 M., die Ausgabe auf 4614,37 M., mithin ist ein Kasseeinstand von 1390,61 M. vorhanden, jedenfalls ein durchaus befriedigendes Resultat, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Partei hier an Orte die Kosten der letzten Reichstagswahl vollständig aus eigenen Mitteln gedeckt und außerdem noch einen Theil der Wahlkosten für den zweiten oldenburgischen Wahlkreis bestritten hat. Aus dem Bericht des Bibliothekars entnehmen wir, daß die Bibliothek um 50 neue Bände vermehrt worden ist. Der sodann erstattete Bericht der Revisoren bekundet, daß alles in bester Ordnung besunden wurde. An die Berichterstattung schloß sich eine rege Diskussion. In derselben wurde allseitig betont, daß Partei in jeder Beziehung gerüstet sei, in eine rege Landagitation eingetreten werden müsse.

Die kleinen Blänkelein, welche von unseren Parteigenossen mit den Behörden angekämpft werden müssen, dienen höchstens dazu, die Kraft derselben zu stählen, obgleich also die unaufhörlichen Quälereien der Polizei, namentlich in den kleinen Orten, momentan wohl hindernd auf die Bewegung einwirken, vermögen sie auf die Dauer die sozialdemokratische Hochstuth nicht zu hemmen. In Kummerdors, Kreis Lettau, sollte im September v. J. eine öffentliche Volksversammlung stattfinden; dieselbe wurde aber vom Amtsvorsteher verboten, weil „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu befürchten sei. Der Regierungspräsident zu Potsdam, bei dem Beschwerde eingereicht worden war, antwortete, daß das Verbot nicht zu billigen sei, da die an sich nicht unbegründete Befürchtung, daß es in der angemeldeten Versammlung zu einer Störung der öffentlichen Ordnung kommen könne, ein Verbot der Versammlung von vornherein nicht rechtfertige. Nach Empfang dieses Bescheides wurde sofort eine neue Versammlung in Mellen einberufen. Ein Hauswirth stellte zu diesem Zweck 3 leerstehende Zimmer zur Verfügung. Der Bürgermeister von Jossen hatte nun nichts Gileres zu thun, als diesen Uebelthäter, der es wagte, in seiner Behausung sozialdemokratische Versammlungen stattfinden zu lassen, die Hypothek, welche die Stadt Jossen ihm geliehen hatte, zu kündigen. Der Mann nahm die Kündigung an und die Versammlung hat am letzten Sonntag bei sehr starkem Besuche von Männer und Frauen doch stattgefunden. Der laute fortwährende Beifall bewies uns, wie sehr das Verständnis für unsere Idee vorhanden ist und Genosse Jubel hatte es auch in einem zweistündigen Vortrage über unser Programm sehr gut verstanden, die Masse zu begeistern. Zum Schluß wurden noch für Jossen, Mellen und Kummerdors je eine Vertrauensperson gewählt, in Jossen selbst ist leider noch kein Lokal für uns zu haben. Mit einem brausenden Hoch auf

die internationale Sozialdemokratie gingen die Anwesenden auseinander.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Einreichung von Mitgliederlisten kann die sächsische Polizei, nach einem Ertheil des Ober-Landesgerichts, von dem Vereinigenden unterbreiten verlangen. Der Arbeiterverein für Pötha und Umgegend, sowie der von Struppen weigerten sich ganz entschieden, dem Verlangen der Polizei nachzukommen und ließen es auf die gerichtliche Entscheidung ankommen. Der Vorsitzende des Pöthauer Arbeitervereins, der die Einreichung verweigerte, ist deswegen unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht zu Jittau zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden, wobei das Gericht sich ausdrücklich auf die Entscheidung des Ober-Landesgerichts, die leider mangelhaft ist, beruft, so daß jeder weitere Widerstand vergeblich ist. Mit dem Arbeiterverein zu Struppen verfuhr man noch summarischer. Der Verein wurde aufgelöst und der Vorsitzende auf Grund richterlichen Strafbefehls zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Sein Antrag auf gerichtliche Entscheidung war nicht von Erfolg begleitet. Ihm wurde übrigens noch eine eigenartige Behandlung durch den vorstehenden Richter zu Theil. Als er auf die Frage derselben, warum er die Liste nicht eingereicht habe, erwiderte, daß er gedacht habe, er habe es nicht nöthig, entgegnete ihm der Richter, er habe gar nicht zu denken, sondern zu thun, was die Behörde von ihm verlange!

Es bleibt also nichts weiter übrig, als dem etwaigen Verlangen der Polizei nachzugeben. Merkwürdig ist nur, daß unter der Herrschaft des gleichen Rechts für alle dasselbe Verlangen nicht auch an andere Vereine, antisemitische, konservative und dergleichen gestellt wird.

Nachklänge von der Reichstagswahl. Der größte Unfug wird doch nachgerade mit dem „groben Unfug, Paragraphen“ getrieben. Genosse Petersen aus M 811 war im Auftrage des sozialdemokratischen Wahlkomitees in Mülln nach L a n k a u (im Lauenburgischen) entsandt worden, um die Wahlhandlung zu überwachen. Er hatte sich Abends 10 Minuten nach 6 Uhr erlaubt, den Wahlvorsteher daran zu erinnern, daß die Wahlhandlung um 8 Uhr geschlossen sein mußte. Der Herr Vorsteher fühlte sich in seiner Ehre tief gekränkt und verwies dem Genossen Petersen das Lokal. Dieser ging aber erst, als die Zählung der Stimmen beendet war. Am 24. Juni bei der Stichwahl war der verhasste Petersen wiederum rechtzeitig zur Stelle, gestattete sich auch sofort, darauf aufmerksam zu machen, daß 10 Uhr vorüber sei und die Wahlhandlung zu beginnen habe. Auf Verlangen des Wahlvorstehers wurde Petersen durch den Wirth aus dem Lokal gebracht, blieb aber später doch den ganzen Tag über unbehindert im Wahllokal. Ueber diese Vorgänge berichtete der Wahlvorsteher an den Landrath und flugs wurde gegen Petersen eine Anklage konstruirt. „Groben Unfug und wiederholten Hausfriedensbruch“ sollte er begangen haben. Vom Schöffengericht zu Mülln wurde er denn auch zu sechzig Mark Geldstrafe eventuell sechs Tagen Gefängnis verurtheilt. Die Berufungskammer des Landgerichts zu Hamburg jedoch sprach Petersen frei, weil die gedachten Straftatbestände nicht vorhanden seien. Er habe unweilhaft das Recht gehabt, im Lokal anwesend zu sein; auch sei es als „grober Unfug“ nicht anzusehen, wenn er den Wahlvorsteher in höflicher Form an seine Pflicht gemahnt habe. — Dieser Socialist zeigt recht deutlich, welche herrliche Unfassbarkeiten dieser Unfugparagraph zu treiben im Stande ist und zwar, wie man sieht, nicht bloß in Sachen.

Verhaftet wurde am letzten Sonnabend der Genosse Jäger von Anspach (Lamms) wegen Gotteslästerung. — Der Genosse hatte eine unbedachte Aeußerung über die „Mutter Gottes“ gethan; auch hier war es ein Bekannter, der den Denunziant gespielt hat, wesswegen wir auch hier nochmals die Warnung an unsere Genossen ergehen lassen, ihre Jungen zu jüdeln, sich zu hüten vor unbedachten Aeußerungen, die der Partei keinen Nutzen bringen, sie aber ins Unglück stürzen können.

In verbotener Versammlung als Medner aufgetreten zu sein, war beschuldigt Genosse Heinrich Bruno Dentschel in Meißel. Das Schöffengericht in Meißel gelangte zu einem freisprechenden Urtheil, gegen welches der Staatsanwalt Berufung einlegte. Der Sachverhalt ist folgender: Der in erster Instanz mit angeklagte Genosse Wahnert hatte für den 23. Juni eine öffentliche Versammlung angemeldet, in welcher Genosse Dentschel über die Reichstags-Stichwahl sprechen sollte. Die Amtshauptmannschaft verbot diese Versammlung. Dentschel theilte den Versammelten mit, daß die Versammlung nicht stattfinden könnte, knüpfte aber die Mahnung hieran, den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen und gab einige Erläuterungen über den Wahlmodus. Das Schöffengericht nahm nun an, daß der Begriff „Versammlung“ durch die Volksmenge, welche sich im Wahnert'schen Garten befunden habe, nicht gedeckt sei, zumal mangels jeder parlamentarischen Form und Ordnung in dieser Menge alle äußeren Merkmale einer „Versammlung“ gefehlt haben. Da also diese Volksmenge, bevor jemand gesprochen, nicht die Form einer „Versammlung“ im Sinne des Gesetzes angenommen habe, seien beide freizusprechen. Das Berufungsgericht schloß sich dieser Auffassung nicht an, es nahm an, die erwähnte Volksmenge sei eine Versammlung gewesen und verurtheilte demgemäß Dentschel — gegen Wahnert hatte der Staatsanwalt keine Berufung eingelegt — zu 50 M. Geldstrafe.

Lokales.

Achtung, Parteigenossen! Der Freen-Palast ist bis auf weiteres für Versammlungen und Arbeiterfeste nicht zu haben. Gleichzeitig theilen wir mit, daß sämtliche Lokalinhaber des Gesundbrunnens mit Ausnahme der Adler-Brauerei ihre Unterschrift zurückgezogen haben; also ihre Lokale nicht zu Versammlungen hergeben.

Die Berliner Lokal-Kommission.
V. A.: D. Gumpel, Barnimstr. 42.

Zur Beachtung! Die öffentliche Volksversammlung zur Stellungnahme gegen die Inhaber der Lokale Sanssouci, Konkordia und Buggenhausen findet nicht am Mittwoch, den 31. d. M., statt, sondern ist auf einen späteren Tag verlegt, der noch besonders bekannt gemacht wird. Die Differenz mit den Konkordia-Sälen ist geordnet.

Die Berliner Lokal-Kommission.

Die Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises geleiteten am Sonntag wiederum einen treuen, thätigen Anhänger unserer Sache, den am 24. d. M. plötzlich verstorbenen Bauarbeiter Aug. Spann, zu dessen letzten Ruhestätte. Unter der großen Zahl von Ehrenspendern fiel der vom Wahlverein gespendete, mit rothen Blumen sinnreich dekorirte Kranz besonders auf.

Arbeiter - Bildungsschule. Eingegangene Geschenke: J. Herzfeld 20.—, Zahlheile Windhorst 5.—, Aus Lauenburg 100.—, Höfelborth 25.—, Wüller 5.—, Quehlfische Werstatt 6.—, Andreae 5.—, Dr. W. 20.—, Fischer 5.—, G. M. 3.—, Borchold 5.—, Versammlungsüberschüsse: O. Schule 17.—, Nord-Schule 22.85, Südost-Schule 12.60, Südost-Schule 10.—, Jahresbeiträge: G. S. 10.—, Dr. W. 5.—, R. M. 3.—, G. Dr. 100.—, J. C. 10.—, Freireligiöse Gemeinde 50.—, G. A. 10.—, W. 30.—, H. H. 10.—, Dr. Ehr. 10.—, F. 2. 100.—, A. G. 10.—, Gebr. Dr. 30.—, M. R. 3. 15.—, M. B. 30.—, B. 6.—, P. R. 15.—, F. S. 30.—, R. 5.—, P. S. 100.—, Summa 863.09 M. Besten Dank.
Berlin, 27. Januar 1894.

H. König, Kassirer, Dieffenbachstr. 30.

Wenn von dem großen Heere der Arbeitslosen gesprochen wird, so sind die Ableugner des Nothstandes sofort mit dem Einwurfe bei der Hand, daß doch die Arbeiter des Baugewerbes, welche naturgemäß im Winter keine Arbeit haben, nicht zu den Arbeitslosen zu rechnen seien. Dadurch glaubt man die Wucht der Thatfachen abzuwachen zu können. Wenn dieser Einwand auch scheinbar eine Berechtigung hat, so ist derselbe im Grunde genommen doch unberechtigt. Denn arbeitslos ist eben ein jeder, der keine Arbeit hat. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind verschieden, haben aber schließlich alle dieselbe Wirkung. Wenn man nun aber die Naturgewalten nicht als stichhaltigen Grund zur Arbeitslosigkeit anerkennt, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Arbeiter des Baugewerbes im Winter naturgemäß keine Arbeit haben, so muß man dabei ebenso naturgemäß von der Voraussetzung ausgehen, daß die Arbeiter des Baugewerbes im Sommer so viel verdienen, daß sie im Winter zu leben haben, denn im Winter wollen dieselben doch auch leben. Wie wenig aber diese Voraussetzung zutrifft, bedarf hier keiner weiteren Klarstellung. Es ist ja offiziell anerkannt worden, daß gerade das Baugewerbe sehr schwer darüberelegt. Dasselbe ist außer Stande, im Sommer alle Arbeitskräfte zu beschäftigen. Ein großer Theil derselben findet keine oder nur vorübergehende Beschäftigung, nur Wenige haben dauernde Arbeit, und zwar auch nur zu Bedingungen, welche eine momentane bescheidene Existenz im glücklichen Falle eben ermöglichen. Mit dem Verlust der Arbeit hört aber sofort auch die Möglichkeit der Existenz auf. Wenn daher die Arbeiter des Baugewerbes im Winter in so großer Zahl ohne Arbeit sind, so hat dies nicht allein in den klimatischen Verhältnissen seinen Grund, sondern viel mehr noch in der heutigen Wirtschaftsweise, an der ja Alles krankt. Die Arbeiter des Baugewerbes könnten auch im Winter beschäftigt werden, wenn nur überhaupt Arbeitsgelegenheit vorhanden wäre. Wenn aber selbst im Frühjahr und im Sommer, der eigentlichen Baugesamt, ein sehr empfindlicher Mangel an Arbeitsgelegenheit zu verzeichnen ist, so ist dies logischer Weise im Winter noch viel mehr der Fall, weil gerade das Baugewerbe durch die Witterungsverhältnisse mit beeinträchtigt wird. Es ist demnach durchaus unrichtig, die Arbeiter des Baugewerbes nicht zu den Arbeitslosen zu zählen. Sie haben vielmehr das vollste Recht, sich den Arbeitslosen beizuzählen, — allerdings ein trauriges Recht!

Patriotische Gehirnverweichung. Der „St. Jg.“ ging ein Bericht über den Bismarcktrümmel vom Freitag zu, der geradezu das menschenmögliche an zeitenweise begabter „Begeisterung“ enthält und der selbst dem auf den Bourgeoisbüros eingeschworenen Antisemitismus zu toll gerathen ist. Folgende Stellen mögen den bedenklichen Zustand zeigen, in dem der arme Reporter am Freitag war. „Der Empfang und die Begrüßung des Fürsten war eine überaus herzliche. Dem Schreiber dieses, der sich auf „verbotenen Wege“ in die Bahnhofsallee geschlichen hatte, in welcher Form, ob als Hund oder sonst was, das verräth er nicht, kam die Begrüßung so vor, als ob eine einsame, längst verlassene Mutter ihren einzigen Sohn, den sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat, in der alten Heimath erwartete.“ — Leider verräth der Verfasser auch nicht, wem von den genannten hohen Herren die Rolle der verlassenen Mutter zugeschrieben ist. Dann fährt er fort: „Als die königliche Kutsche von Berlin ihren Abschied vor fünf Jahren nahm, da waren die Würzele noch nicht so scharf in ihrem Kuttli ausgeprägt, wie jetzt. Trotzdem ist „sein Auge noch so klar und scharf stehend, wie vor 20 Jahren, und um seine Stirn steht man den klaren Geist und die alle Schlagfertigkeit sich wölben, wie der Lorbeerkranz sich um das Haupt eines olympischen Spielers windet.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Bei dem Händedruck des Fürsten, wie auch bei dem Prinzen Heinrich und den anderen Notabilitäten, war es dem Berichterstatter, als ginge ein heiliges, hehreres, ungewaltiges Mäuschen durch den Teutoburger Wald, und die Gezwirge der weltlichen Eichen neigten und schüttelten sich, wie zum Gruß. Wie sie so dort standen, die alten Bekannten, da konnte man denken, als ob sie zu irgend einer großen Schlacht sich gemeinsam begeben wollten.“

Städtischerweise äußert sich der Wahnsinn der Heilenschilder nur bei außerordentlichen Anlässen in so gefährlicher Form. Im gewöhnlichen Leben sind es gute, harmlose Seelen.

Inerklärliche Verhastung. Der polnische Genosse Brzostkiewicz, ehem. verantwortlicher Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, wurde am letzten Sonntag früh um 8 Uhr in seiner Wohnung durch einen Polizeibeamten in Haft genommen. — Unser polnischer Genosse hat eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten für Uebertretung der Preßgesetz abzuüben, die erst vor kurzem auf Einlegung auf Revision vom Reichsgericht rechtskräftig bestätigt wurde. Eine Ladung des B. zum Strafentritt ist nicht erfolgt. Uns ist kein besonderer Grund bekannt, der zu jener eiligen Verhaftung hätte Anlaß geben können.

Die Bedeutsamkeit unserer gelehrten Welt zeigte sich anlässlich des Besuches des Fürsten Bismarck wieder im vollsten Glanze. Als unser Gewährsmann Freitag gegen 1 Uhr das Zeitschriften-Lesezimmer der königlichen Bibliothek betrat, waren in dem großen Saal, in welchem sonst um diese Zeit kaum ein letzter Pflanz zu finden ist, ganze drei Leute anwesend; alle anderen hatten es offenbar vorgezogen, den Nationalheros anzustimmen und hoch leben zu lassen. Nach Beendigung dieses wichtigen Geschäftes lehrten einige zu ihren wissenschaftlichen Arbeiten zurück, so daß die Besucherzahl bei Schluß des Zimmers, um 3 Uhr, bis auf 15 gestiegen war. Der große Lesesaal, in welchem sich unser Gewährsmann dann begab, war ebenfalls nicht so gefüllt, wie gewöhnlich; immerhin war die Leere nicht so auffallend, wie in dem erst erwähnten Zimmer. Um 1/4 4 Uhr entstand plötzlich ein allgemeines Klappen und Räden der Stühle. Ausflüchtend gewahrte unser Besucher, wie Beamte und Publikum in innigem Verein nach den Fenstern stürzte, von wo aus man den vorbeifahrenden Heros sehen konnte; kaum ein Duzend verunfallter Leute war auf den Plätzen geblieben. Man sieht, daß Herr von Bergmann, der vor einiger Zeit seinen Hüften als Glanzpunkt des Abends die Besichtigung eines Ministers versprochen, die Bestimmung dieser Leute, da sie ihm ja geistesverwandt sind, ganz richtig beurtheilte.

Eine neue Omnibuslinie soll demnächst vom Mollenmarkt nach dem Nordbahnhof eröffnet. Der Fahrpreis soll für die ganze Tour 10 Pfennige und für die halbe Tour 5 Pfennige betragen.

Vom Vorortverkehr. Vom 1. Februar ab treten in den Preisen der Eisenbahn-Monatskarten, und zwar der Stammkarten und zum kleineren Theil auch der Nebenarten, im Verkehr zwischen Stationen der Vorortstrecken Berlin-Färstentwale, Berlin-Königs-Busterhausen, Oberpreese-Spindlersfeld und der Station Grunewald einerseits und Stationen der Stadt- und Ringbahn andererseits, ferner zwischen Stationen der Vorortstrecken Berlin-Königs-Busterhausen, Oberpreese-Spindlersfeld einerseits und Station Grunewald andererseits Ermäßigungen ein.

Mit einer „heimlichvollen Sendung“ machen die Gebrüder Monacher für ihr Hotelrestaurant in der Königgräberstraße Bekannde. Jemand ein Pariser Freund dieser Herren hat ein umfangreiches Kouvert an sie geschickt, in dem ein verschlossener Brief enthalten war, der an den Kaiser abgegeben werden sollte. Mit dem gehörigen Bummel aufgedacht, wird diese neueste „Kadischer-Samen-Sendung“ ihre gruselige Wirkung auf den Phylax nicht verschelen und, was die Hauptsache, für die Herren Restaurantbesitzer gehörig Bekannde machen.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat die 46 Jahre alte Schlossersfrau Florentine Linke am Sonntag Morgen den

Tod gesucht. Sie bewohnte mit ihrem Ehemann eine im vierten Stock des Hauses Ritterstraße 3 hofwärts belegene Wohnung, muß infolge eines Nerveneleidens plötzlich vom Verfolgungswahnsum befallen sein und hat sich in diesem Zustande auf den Hof gestürzt. Sie blieb mit zerschmettertem Schädel liegen und war alsbald todt.

Einem brutalen Ueberfall ist in den letzten Tagen die Frau eines händischen Arbeiters zum Opfer gefallen. Der Mann, ein in Lichtenberg wohnender Arbeiter Schneider, ist als Heizer bei den Berliner Wasserwerken an der Landsberger Chaussee thätig und seine 34 jährige Frau kommt täglich dorthin mit dem Mittagessen. Auf diesem Wege wurde Frau Schneider am Donnerstag von zwei Strocheln angegriffen; der Ueberfall geschah auf einem Feldweg, der das nördliche Ende des Dorfes mit der Chaussee und den Wasserwerken verbindet. Die Kermie setzte sich kräftig zur Wehr, vermochte aber den rohen Messerhelden gegenüber nicht Stand zu halten. Die unmenselichen Gesellen haben der unglücklichen Frau, die blutüberströmt zusammenbrach, Stiche an Kopf und Händen beigebracht; ein Finger ist vollständig abgeschnitten! Die Verletzungen sind so schwere, daß eine Ueberführung des armen Opfers nach dem Krankenhaus sich nicht bewerkstelligen ließ. Die Frau, ein Mutter von vier Kindern, wurde nach ihrer in der Nähe gelegenen Wohnung zurückgetragen. Die Verbrecher sind leider entkommen. Das Motiv der That ist nicht bekannt, zumal Frau Schneider bisher noch nicht vernunftfähig war.

Bei der Illumination, welche die Bourgeoisie von Berlin W. am Sonnabend veranstaltete, ist ein unschuldiger Arbeiter schwer zu Schaden gekommen. Auf dem Dache des Lattenfall in der Königgräberstr. 140 wurde ein bengalisches Licht unterhalten. Mit der Ausschüttung des bengalischen Pulvers aus einer Däte war der in Nixdorf wohnhafte Dachdecker August Winter betraut, der zu seinem Unglück seine Stellung mit dem Gesicht gegen den Wind genommen hatte. Plötzlich, während er gerade beim Ausschütten war, blies ein Windstoß das schon entzündete Pulver in die Däte zurück, deren Inhalt sich mit lautem Knirschen entzündete und den Unglücklichen mit einem Feuermeer übergoß. Als die Feuerwehr eintraf, wandte sich der Verwundete in heftigen Schmerzen. Bart und Haar waren ihm völlig abgebrannt, Gesicht und Hände mit Brandwunden bedeckt, die Haut der Hände hing in Fetzen herab und auch die Kleider waren ihm vom Leibe gebrannt. Die Samariter traten sofort in Thätigkeit, indem sie die Wundenverbanden und den Verunglückten nach der Charitee schafften, wo er schwerkrank darnieder liegt. Die Löschzüge hatten nichts zu thun.

Hebel wurde in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag einem Hausdiener mitgespielt, der sich mit einigen Freunden in dem Lokal von Schulz in der Beuthstraße vergnügt hatte. Während die Gesellschaft fröhlich beisammen war, drängten sich einige Straßenpatrouillen an ihren Tisch heran und entrieten bald eine obligate Keilerei. Die Lubewias belamen zwar Keile und mühten das Feld räumen; in der Verwirrung jedoch hatte einer derselben den nagelneuen Ueberzieher des Hausdieners mitgeben heißen. Als dieser den Diebstahl bemerkte, waren die Strochle längst verschwunden.

Petroleumränder machen zur Zeit den Osten Berlins unsicher. Die Kaufleute lassen gewöhnlich ihren Vorrath von vollen und leeren Petroleumläffern auf den Höfen ihrer Grundstücke liegen, weil laut polizeilicher Vorschrift stets nur ein volles Faß im Keller liegen darf, und die leeren Faßer nur im Wege liegen. Diesen Umstand macht sich eine Diebesbande zu nütze, die sich des Abends in die Höfe schleicht und die Faßer, gleichviel ob mit oder ohne Inhalt, aus dem Wege räumt. In den letzten 14 Tagen sind mindestens 20 Kaufleute im östlichen Berlin in dieser Weise bestohlen worden. Die Diebe müssen bei ihren Streifzügen von einem Fuhrwerk begleitet sein, denn sonst wäre es unmöglich, die Beute ohne großes Aufsehen fortzuschaffen.

Auf schreckliche Weise hat ein Untersuchungsgefängener des Moabiters Kriminalgerichts am Sonntag seinen Leben ein Ende gemacht. Der Musikdirektor M. war unter dem dringenden Verdacht inhaftirt worden, an seinen Musikschülerinnen Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. Am Sonntag früh war er mit einer Kolonne anderer Gefangenen im Gefängnishofe spazieren geführt worden. Als die Kolonne später nach ihren in der dritten Etage befindlichen Zellen zurückgebracht wurden, schwang sich M. blitzschnell über die Brüstung der Gallerie und stürzte in die Tiefe, wo er mit zerschmettertem Schädel todt liegen blieb.

Durch seine Braut der Nixdorfer Polizei überliefert wurde dieser Tage ein Mann Namens Stawitzky, der seit längerer Zeit stichbriestlich verfolgt wurde. Vor einigen Tagen suchte St. seine in der Kopenstrasse wohnhafte Geliebte auf, bei der er sich schon Monate lang nicht hatte sehen lassen. Die holde Maid hatte inzwischen aber einen anderen Verehrer gefunden und wollte von St. daher nichts mehr wissen. Da sie sich aber fürchtete, dem alten Liebhaber ohne weiteres einen Korb zu geben, beschloß sie, ihn der Polizei auszuliefern. In schlauer Weise wußte sie den liebglühenden Galan nach einer Bodenlampe zu locken, deren Thür sie schleunigst verschloß, als der vorangehende B. den Mann betreten hatte. Hierauf benachrichtigte die Treulose die Nixdorfer Polizei und wenige Stunden später befand sich der wüthigknäubende Geistes in Nixdorfer Gerichtsgefängnis. Bei Durchsichtung seiner Tasche fand man bei St. ein Paket Neujahrsgratulationskarten für Musikfischer und ins Gebet genommen, gestand St., daß er beim letzten Jahreswechsel in Berlin in mehreren Stadtvierteln als Pseudo-Musikfischer gratuliren gegangen sei und reiche Ernte gehalten habe. Wegen dieses Vergehens wird sich St. nun ebenfalls vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Polizeibericht. Am 27. d. Mts. früh wurde eine Frau in ihrer Wohnung, in der Brunnenstraße, erhängt vorgefunden. — Gegen Mittag stürzte an der Ecke der Bellealliances- und Teiltowerstraße ein dreizehnjähriger Knabe beim Abspringen vom Borderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahn-Wagens, geriet unter die Räder und erlitt derartige Verletzungen am linken Unterschenkel, daß derselbe bis zum Knie amputirt werden mußte. — Abends geriet ein Kleider ein auf dem Dache des Lattenfalls, Königgräberstraße 140, mit dem Abbrennen von bengalischem Feuer beschäftigten Dachdeckers in Brand. Er erlitt anscheinend nicht unerhebliche Brandwunden am ganzen Körper und wurde, nachdem ihn von Feuerwehmannschaften ein Nothverband angelegt worden, nach der Charitee gebracht. — In der Nacht zum 28. d. M. fiel ein Kaufmann in der Trunkenheit von der Kellerterre des Hauses Boyenstr. 22 und erlitt einen Schädelbruch. — Am 28. d. M. Morgens stürzte sich eine Frau aus dem Küchensenster ihrer im 4. Stock eines Hauses in der Ritterstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Abends fiel einem Kutscher auf dem Hofe des Grundstücks Bellealliancesstr. 38 ein Wagendeckel auf den Kopf. Beim Reinigen der anscheinend unbedeutenden Wunde stürzte er ohnmächtig zu Boden und schlug mit dem Kopfe so hin, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt und nach der Charitee gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 29. d. M. wurde im Landwehrkanal, gegenüber dem Grundstück Skottbuser-Str. 87, ein etwa 20jähriger junger Mann mit einer Schußwunde im Munde aufgefunden; er starb bald darauf. — Gegenüber dem Hause Galleisches Ufer 14 sprang ein etwa 35 Jahre alter Mann in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — Am 27. und 28. d. M. fanden acht Brände statt.

Theater.

Das Linden-Theater hätte in Karl Zeller's „Obersteiger“ endlich einmal ein Stück eingeführt, das sich sehen und hören lassen könnte, wenn dies Werk nicht das tragische Verhängnis so mancher neueren Operette mit sich führte, nämlich, daß der dritte Akt, durch die Schuld des Librettisten natürlich, den guten Eindruck verderben muß, den die beiden ersten Akte etwa hinterlassen haben. Ist es überhaupt notwendig, daß eine Operette partout drei Akte hat? Kann dem jammervollen Mangel an Inhalt, an dem alle diese leichtgeschürzten Kinder seit zwanzig Jahren leiden, nicht insoweit „Rechnung getragen“ werden, als der Komponist und der sogenannte Textdichter erbarmungsvoll das bisherige Handlung auf zwei Akte vertheilen, das bei der Bewässerung von drei Akten naturgemäß unmenschliche Dürre verursachen muß? Ach, das ist leider nicht möglich, denn die Operette soll ja auf Leben und Tod den Abend ausfüllen!

So bescheiden wir uns denn in dieser Tradition und freuen uns des Guten, das geleistet worden. Die Musik des Obersteiger enthält gar manche hübsche einschmeichelnde Melodie, die ihre sanften Wasserwellen werden, wie wir hoffen, und gar bald die Herzen aller Sangbodenbesucher erobert haben. Da der Text auch zum Theil so etwas von Handlung bietet, so zeigte sich das in geistigen Anforderungen umgebener beschiedene Publikum des Linden-Theaters sehr beschiedigt und klaischte öfter als notwendig lauten Beifall.

Der Erfolg des Obersteiger ist zum Besessenen aber auch dem guten und zum Theil vortheilhaften Wirken der Künstler zu danken. Fräulein Camilla als Komtesse Nichtenau, Fräulein Andrea als Spitzenklöpplerin, und vor allem Frau Marie Grimm-Ginckel als eiserfüchtige Frau Bergdirektor verdienen alles Lob. Von den Herren leistete Herr Joseph Bracht in seiner Gastrolle als Martin namentlich gelanglich Vorzügliches. Aber auch Herr Steinberger war als Bergdirektor urkomisch. Das zahlreich versammelte Publikum nahm die Operette, wie gesagt, mit lebhaftem Beifall auf.

Im Central-Theater kam das Publikum am Sonntag nicht aus dem Lachen heraus. Der dreiaktige Schwank von E. Plum und M. Tschö „Herr Coullisset“ ist echt französisches Blendwerk und überfüllt sich in drohigen Einfällen und komischen Situationen derart, daß Schauspieler und Publikum beinahe Athem und Besinnung verlieren. Ein Pariser Salon-Schmarotzer, wie es deren in der Weltstadt gar manche geben mag, wird seiner Dienstreue und Ungenügsamkeit willen zu lauzden Kommissionen gebraucht. Bei einem Ball, den Madame d'Esperville giebt, hat er leider Unglück im Spiel und muß sein Portefeuille verpfänden. Im Notizbuch aber stehen alle die kleinen Geheimnisse und Eigenheiten verzeichnet, die der vielgewandte Herr Coullisset in den Salons erspäht hat und die er sich, um in der Familie, die ihn jeweilig eingeladen, nicht auszusetzen, immer sorgfältig vorher ins Gedächtnis zurückruft. Daß ein Stück Möbel von derartiger Bedeutung im Spiel verpfändet wird, ist zwar im höchsten Grade unwahrscheinlich, aber wer ist so pedantisch und trägt bei einem Schwank nach der Sicherheit oder Gefährlichkeit des Aufbaues? Genug, das Notizbuch, in dem auch die außerordentlichen Geheimnisse zweier Ballgäste getrennt verzeichnet stehen, ist einmal in den Besitz des einen dieser Schwermüher gelangt und der andere, dem sich Herr Coullisset entdecken muß, macht letzterem nun die Hölle heiß, damit er das Buch ungeöffnet von dem bereits nach Hause gegangenen Gewinner wieder herbeischaffe. Es müßte kein Schwank sein, wenn diese Arbeit nicht erst nach Ueberwindung der komischen Hindernisse gelänge, die in der köstlichen Vorstellung vom Sonntag geradezu zwerchfellerstüttend genommen wurden. An dem ausgezeichneten Spiel participirte vor allem der Darsteller der Titelrolle, Herr Rühle. Die beiden lockeren Gendarmen waren in den Händen der Herren Worlich und Schulz gut aufgehoben, während die betrogenen und betragenden Gattinnen von den Damen Pallas und Hassen mit Chic geipielt wurden. Prächtige Leistungen waren auch die der Frau Dora als Kammermädchen und die von Herrn Theodor Müller dargestellte Rolle des Generals, dem auf jedem Falle der Hut verkauft wird. Das fast ausverkaufte Haus wurde nicht müde im Beifallsstürzen.

Gerichts-Beilage.

Gerichte - Gericht.

Kammer VII. Vorsitzender: Assessor Meyer. Sitzung vom 25. Januar.

Der Arbeiter P. klagt gegen Herrn Gläcksjohn. Er giebt an, beim Beklagten längere Zeit gearbeitet zu haben, dann krank geworden zu sein, nach Beendigung der Krankheit wieder vier Tage bei Gläcksjohn in Arbeit gestanden zu haben und am 16. Dezember 1893 entlassen zu sein. Er beantragt den Lohn für jene vier Arbeitstage und eine Lohnschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung, zusammen 54 M. Den zwischen ihm und dem Beklagten schriftlich vereinbarten Kündigungsschluß erkennt Kläger als nicht zu Recht bestehend an; er behauptet, seine Unterschrift sei ihm durch die Erziehung, er würde sonst entlassen, abgezwungen worden. Der Zwang mache sie nach seiner Meinung nichtig. Der Beklagte wendet ein, P.'s Entlassung sei deshalb schon gerechtfertigt, weil er unfähig zur regelrechten Ausführung seiner Arbeit gewesen. Der Arzt habe ihn nur auf sein, des Klägers, dringendes Ersuchen verlässlich arbeitsfähig geschrieben und ihm die volle Verantwortlichkeit zugesprochen. Beklagter habe gar nicht fraglich auf des Klägers Arbeitskraft gerechnet und denselben entlassen wollen, weil er nicht auf seine vollständige Gesundheit warten konnte. Gegen die 16 M. rückständigen Lohn will der Beklagte ein Darlehen des Klägers im Betrage von 20 M. aufrechnen. Der Kläger wird mit der Klage abgewiesen. Gründe: Daß Darlehen sei nach den eigenen Angaben des Klägers jetzt fällig und liquide. Solche fällige und liquide Forderungen gegen einbehaltene Lohn aufzurechnen, sei aber angebracht. Da aber bei der Entlassung des Klägers 10 M. erst fällig und liquide waren, habe der Beklagte $\frac{1}{3}$ der Preislohn zu tragen. — Durch den schriftlichen Vertrag vom 16. September 1893 erkenne Kläger die Bedingung für sich verbindlich an, ohne Kündigung entlassen werden zu können und nehme dadurch auch das Recht, ohne Kündigung die Arbeit verlassen zu können, für sich in Anspruch. Kläger habe angegeben, daß er durch den Zwang veranlaßt worden sei, zu unterschreiben. Nun sei richtig, daß auf Grund ungerathenen Zwanges geschlossene Verträge nichtig sind. Ungerechtfertigter Zwang sei aber in diesem Falle nicht angewandt worden. Beiden Parteien im Arbeitsverhältnis stehe es frei, den Arbeitsvertrag zu ändern. Wünsche die eine Partei eine Abänderung desselben, auf welche die andere Partei nicht eingehen will, so steht ihr das Recht zu, die Lösung des Arbeitsverhältnisses durch die Kündigung zu bewirken. Wollte der Kläger nicht eingehen auf die Ausschließung der Kündigung, dann hätte er Anspruch gehabt auf eine Weiterbeschäftigung bis zum 1. Oktober, also auf 14 Tage, die Dauer seiner bis dahin noch nicht befristeten Kündigungsfrist. Die erst im Dezember erfolgte sofortige Entlassung wäre jedoch auch ohne den Kündigungsschluß berechtigt gewesen. Der Kläger sei krank gewesen, so daß ihn der Beklagte gar nicht haben wollte. Die Thatsache, daß, obgleich Kläger arbeitete, er nicht so arbeiten konnte wie bei vollster Gesundheit, gab jenem das Recht, ihn zu entlassen.

Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. Unsere Leser werden sich gewiß noch erinnern, wie im Herbst vor. Jz. unser Genosse Küncke sein Mandat als Stadtverordneter in Oberberg plötzlich deshalb verlor, weil er zu niedrig zur Einkommensteuer eingeschätzt wurde.

Wie es scheint, ist diese Methode, sich unbehaglicher Mahner und Kritiker zu entledigen, nicht nur in Oberberg zur Anwendung gekommen, wenigstens können wir heute über einen gleichen Fall berichten, der durch alle Instanzen hindurch geführt wurde und der schließlich auch das Ober-Verwaltungsgericht beschäftigt hat.

Am 5. November 1891 fanden in der Gemeinde Stiepel in Westfalen die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt, bei denen in der III. Abtheilung der Bergmann G. Holland mit 74 von 147 abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Gegen diese Wahl des Holland, der im Steuerjahr 1891/92 zu 9 M. Klassensteuer eingeschätzt war, erhoben die Gemeindeglieder K. und W. Einspruch, und die Gemeindevertretung beschloß unter dem 23. Juni 1892, den Holland aus der Gemeindevertretung auszuschließen, weil derselbe das Gemeindegeld und die passive Wahlbarkeit verloren habe, indem derselbe pro 1892/93 nur zu 2 M. 40 Pf. fingirter Staatssteuer veranlagt, die Berechtigung zur Theilnahme an den Geschäften der Gemeinde aber an die Veranlagung zu einem fingirten Einkommensteuersatz von mindestens 4 M. . . geknüpft sei. Gegen diesen Beschluß erhob Holland im Verwaltungsstreit-Verfahren Klage, in Folge dessen der Kreisaußschuß des Kreises Hattlingen sich in seiner Sitzung vom 14. Oktober 1892 mit der Sache beschäftigten mußte. Holland beantragte Vertagung des Termins bis zur endgültigen Entscheidung über die von ihm bei dem Vorstehenden der Einkommensteuer-Verwaltungscommission zu Arnberg wegen seiner Besteuerung pro 1892/93 erhobenen Beschwerde. Der Kreisaußschuß trat in eine materielle Prüfung der Streitfrage nicht ein, sondern wies den Kläger kostenpflichtig ab, weil derselbe angeblich die Berufungsfrist nicht gemahnt habe.

Der Bezirksauschuß zu Arnberg, vor dem die Sache am 22. Februar 1893 zur Verhandlung kam, stellte zunächst fest, daß Kläger die Berufungsfrist gewahrt, indem der Brief noch rechtzeitig auf dem Landratsamt eingegangen war und „bei ordnungsmäßigem Geschäftsgang auch noch rechtzeitig hätte zur Vertagung kommen müssen“. Auf die Sache selbst eingehend, hob der Gerichtshof den Beschluß der Gemeindevertretung von Stiepel auf.

In der sehr umfangreichen Begründung wird treffend ausgeführt, daß Kläger, der vordem zu 9 M. und dann plötzlich zu 2 M. 40 Pf. Klassensteuer veranlagt wurde, durch diese niedrige Einschätzung nicht so ipso facto sein Wahlrecht verloren habe. Diese Folge trete vielmehr erst mit dem Zeitpunkte ein, wo diese Steueranforderung eine endgültige sei. Diese Auffassung sei auch analog zu folgern, da z. B. wenn jemand durch gerichtliches Erkenntnis die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, den Verlust des Gemeindegeldes nicht sofort nach Erlass des Urtheils eintrete, sondern erst dann, wenn letzteres die Rechtskraft beschränkt habe. Nun habe aber Kläger von seinem gesetzlichen Rechte der Beschwerdeführung wegen zu niedriger Steueranforderung Gebrauch gemacht, und die zuständige Behörde habe nach Untersuchung des Falles denn auch den Kläger nachträglich wieder zu dem früheren Steuersatz von 9 M. eingeschätzt. Dem Kläger Holland ist daher auch sein Mandat als Gemeindevertreter nicht aberkannt worden.

Zu einer dem Urtheil des Bezirksauschusses diametral entgegenliegenden Auffassung gelangte jedoch der zweite Senat des Ober-Verwaltungsgerichts, der in seiner Sitzung vom 26. September 1893 endgültig über die Sache urtheilte.

In dem Urtheile des Ober-Verwaltungsgerichts wird angegeben, daß die Feststellungen des Bezirksauschusses, soweit sie sich auf Wahrung der Einspruchsfrist beziehen, als zutreffend zu erachten seien; daß jedoch die materielle Begründung des Urtheils auf einem Rechtsirrtum beruhe, das Urtheil des Bezirksauschusses daher aufzuheben, dem Kläger Holland das Mandat als Gemeindevertreter abzurufen und er außerdem zur Tragung der Kosten des gesamten Verfahrens zu verurtheilen sei.

Von Rechts Wegen.

„Der Sozialist“, das Organ der Unabhängigen und Anarchisten, bildet jetzt hervorragende Gegenstand der Aufmerksamkeit seitens der Staatsanwaltschaft. Es schweben z. B. verschiedene Anklagen wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegen einander und zwar macht die Staatsanwaltschaft nicht nur den Redakteur Waldemar Franz für die aufreizenden Artikel des „Sozialisten“ verantwortlich, sondern auch den Verleger und Drucker Wilhelm Werner. Da die I. Strafkammer letzteren kürzlich mangels des Beweises, daß er der intellektuelle Urheber der Artikel ist, freigesprochen hatte, so wollte Staatsanwalt Dr. Wendt in zwei gestrigen gegen die beiden genannten Personen vor der I. Strafkammer verhandelten Anlagefällen den Versuch machen, den vermissten Beweis zu erbringen. Er hatte zu diesem Zwecke den Kriminalkommissarius Köber geladen. In dieser Beweisführung kam es jedoch nicht, da die Verhandlung aus einem eigenartigen Grunde vertagt werden mußte. In die Ausfertigung des Anklagebeschlusses hatte sich sowohl bezüglich der Nummer des Blattes, in welcher der eine Artikel stand, als auch bezüglich des Stroparagraphen, der verletzt sein sollte, ein Schreibfehler eingeschlichen, der in der Anklageschrift selbst vermieden worden war. Der Angeklagte behauptete nun, daß er insolge dieser nicht übereinstimmenden Angaben im Anklagebeschlusse und in der Anklage nicht in der Lage gewesen sei, seine Verteidigung genügend vorzubereiten. Der Gerichtshof mußte wohl oder übel diesen Einspruch gelten lassen und den Termin vertagen.

„Nicht weit her ist die Fingirtheit der Post.“ Mit diesen Worten begann ein am 15. Oktober v. J. im „N. Journal“ erschienenen Artikel, der dem Redakteur der genannten Zeitung, Maximilian Rapsilber, eine Anklage wegen Beleidigung der Postbehörde eintrug, die gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Eine Stuttgarter Firma hatte einen Brief abgesandt mit folgender Adresse: „Herrn Heinrich Lehmann, Berlin W., Friedrichstr. 95.“ In dem bezeichneten Hause war der Adressat nicht zu finden, die Polizei und das Einwohner-Meldeamt wußten auch keine Antwort zu geben und so ging der Brief, mit diesen Vermerkungen versehen, an den Absender zurück. Dieser sah ein, daß er sich in der Hausnummer geirrt habe, es sollte nicht 95, sondern 79 heißen. Er meinte, daß die Post bei einem guten Willen den Adressaten doch leicht hätte ermitteln können, da die Firma Heinrich Lehmann seit 11 Jahren in dem sogenannten „Faberhaus“ wohne und im Revier bekannt sein mußte. Er schickte das Konvort an den Inhaber der genannten Firma, einen Herrn Moses, und dieser übergab es dem „Neuen Journal“ mit der Bitte um Veröffentlichung des Falles. Der Staatsanwalt hielt den Artikel für beleidigend. Die Post sei nicht einmal berechtigt, geschweige denn verpflichtet gewesen, einen Brief mit der Adresse eines Herrn Lehmann an Herrn Moses auszubändigen, weil dieser Inhaber einer Firma „Heinrich Lehmann“ sei. Die der Postbehörde gemachten Vorwürfe seien deshalb unbegründet. Er beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark. Der Angeklagte bestritt, daß eine beleidigende Absicht vorgelegen, sowie das Vorhandensein einer Beleidigung überhaupt. Der Auf der „Fingirtheit“, in dem die Postbeamten händen und der von der Behörde selbst genährt werde, wo sich nur eine Gelegenheit dazu biete, sei keineswegs berechtigt, aus dem Leserkreis der Zeitung lassen viele Beschwerden über „Nichtfindigkeit“ ein und in dem Befanntgeben eines solchen Falles könne eine Geringschätzung der Postbeamten doch nicht gefunden werden.

Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an, hielt aber 50 M. für eine ausreichende Strafe.

Ein merkwürdiger Rechtsirrtum wurde heute durch die zweite Strafkammer am Landgericht II aufgeführt. Der Hof-Schlächtermeister Wilhelm Lange in Charlottenburg hatte eine Dienstmagd mit einem unaussprechlichen polnischen Namen, die er eines Tages dabei ertappte, als sie ihrer Wäschfrau einige kleine Stücken Wurst und ein etwa pundschweres Stück Fleisch

zutrug, welches sie ihm entwendet hatte. Er machte Anzeige, nachdem aber das Hauptverfahren wegen Diebstahls gegen die Magd eingeleitet worden war, ließ er sich bewegen, den Strafantrag zurückzuziehen, was in diesem Falle zulässig war, da es sich nur um Entwendung minderwerthiger Sachen seitens einer zum Hausstande gehörigen Person handelte. Am 22. September war die schriftliche Zurücknahme des Strafantrages zu den Akten eingereicht worden, am 25. September fand die Hauptverhandlung vor dem Charlottenburger Schöffengerichte statt. Sache des Richters wäre es gewesen, in der Zwischenzeit die Verhandlung aufzuheben und das Verfahren einzustellen. Das geschah aber aus nicht festgestellten Gründen nicht. Die Hauptverhandlung fand statt und nun erklärte der als Zeuge vernommene Meister Lange, daß er unter dessen in Erfahrung gebracht habe, die Magd hätte sich zu anderen Leuten gelüthert, sie habe keinen Diebstahl begangen, sondern sich die verschenteten Sachen vom eigenen Munde abgespart. Um nun nicht den Schein zu erwecken, als habe er eine falsche Anzeige erstattet, halte er seinen Strafantrag aufrecht, damit die Sache gerichtlich entschieden werde. Obwohl sich die Zurückziehung eines Strafantrages nicht widerrufen läßt, verhandelte der Richter dennoch und verurtheilte die Angeklagte zu einem Tage Gefängnis. Trotz der Geringfügigkeit der Strafe und der eingekündigten Verschuldung legte die Verurtheilte durch ihren Verteidiger Rechtsanwalt Liebrecht-Charlottenburg Berufung ein und erhob in der heutigen Verhandlung des Strafkammer den Einwand der Unzulässigkeit des Verfahrens. Der Vorstehende sah darauf die Akten durch und konstatierte, daß in der That der Strafantrag vor der ersten Hauptverhandlung zurückgezogen worden war und daß sich der erste Richter in dem Urtheil befunden hat, daß die Zurücknahme des Strafantrages rechtsgültig sei. Ein zurückgenommener Strafantrag läßt sich — wo überhaupt ein Antragsvergehen vorliegt — niemals wieder erneuern. Demnach mußte das erste Urtheil aufgehoben und auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden. Es konnte sich im weiteren Verlauf der Verhandlung nur um die Entscheidung über die Tragung der Kosten handeln. Der Verteidiger beantragte sämtliche Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Der Staatsanwalt wollte dieselben Kosten dem Antragsteller aufgelegt wissen, der Gerichtshof entschied, daß der Antragsteller alle Kosten bis zur Zurücknahme des Antrages, alle weiteren Kosten einschließlich der Verteidigung die Staatskasse zu tragen habe.

Ein lebensgefährlicher Sonntagsjäger hatte sich am Montag in der Person des Positordirektors A. Karl Winter aus Berlin wegen fahrlässiger Körperverletzung vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II zu verantworten. Der Angeklagte war am 5. Juni v. J. einer Einladung des Rittmeisters und Fabrikanten Neubaus aus Nieder-Schönweide gefolgt, um an einer Jagd auf Bekassinen theilzunehmen. Das Resultat der Bekassinenjagd war, daß er der 63 jährigen Wittwe Schütte, die auf einem vorüberfahrenden Heuwagen saß, auf 54 Schritt Entfernung mit einer ganzen Ladung seinen Schrot Nr. 7 in den Körper schoß. Der Streifen umfaßte die Frau von oben bis unten, so daß die Haut derselben durchlöchert war wie ein Sieb. Der Angeklagte hat in unbegreiflicher Noblesse der Verletzten sofort ganze 20 M. Schmerzensgeld gezahlt und auch die Arztrechnung mit 78 M. beglichen, die Frau wollte aber, da sie dauernd am Gehen behindert ist, eine fortlaufende Unterstützung erlangen und hat nun wohl den fassen Weg eingeschlagen, den Strafrichter anzurufen, ohne als Nebenklägerin beigetreten. Sie wurde mit ihren Ansprüchen auf den Zivilweg verwiesen, der Angeklagte kam mit 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis davon.

Um ein Menschenleben. Auf die eigentümlichen Zustände in unserer heutigen Rechtspflege wirft das Verfahren in Sachen des Knabenmörders Kappler ein großes Schlaglicht. Das Geschick des Mörders befindet sich noch immer in der Schwebe. Die Voraussetzung, daß der Mordprozeß Kappler in der ersten diesjährigen Schwurgerichts-Periode am Landgericht II zur erneuten Verhandlung anstehen würde, hat sich nicht erfüllt. Kappler wurde, wie erinnert, am 20. Oktober v. J. von demselben Schwurgericht schuldig gesprochen, am 14. Mai 1893 bei Charlottenburg den sechsjährigen Knaben Erich Klinger ermordet und entschuldig verurtheilt zu haben. Das erwohnte Todesurtheil wurde jedoch nicht gefällt, der Gerichtshof entschied, daß sich die Geschworenen seiner Ueberzeugung nach zu Ungunsten des Angeklagten geirrt hätten und die Sache an ein neues Schwurgericht zu verweisen sei. Zur Erklärung dieses Gerichtsbeschlusses muß bemerkt werden, daß sich bei Beginn der Verhandlung sechs medizinische Sachverständige von Bedeutung über-einstimmend dahin ausgesprochen hatten, daß der Mörder geistig unzurechnungsfähig sei, der Staatsanwalt bestand jedoch auf der Verhandlung, weil er an die Berrücktheit des Angeklagten nicht glaubte und nachdem erst einmal das Verdict der Geschworenen angerufen worden war, mußte dasselbe consequenter Weise auf Schuldig lauten. Zur Zeit liegen die formulirten Gutachten der Sachverständigen in den Händen des Medizinalkollegiums. Bestätigt die höchste wissenschaftliche Behörde das Gutachten, so dürfte die Sache gar nicht mehr vor die Geschworenen gelangen, vielmehr das Verfahren eingestellt und der Mörder sofort in das Zerkhaus gesteckt werden.

In einer üblen Lage befand sich der Gerichtsvollzieher Bode, als er am 17. Juni v. J. bei dem Kaufmann Ernst Witthoff eine Pfändung vornehmen wollte. Als er das Geschäftsfokal des Schuldners betrat, erklärte dieser ihm, daß er das Geschäft verkauft habe, wie die veränderte Firma an der Thür auch bewiese. Der Beamte durfte hier also nicht pfänden, er folgte aber dem Schuldner nach dessen nebenan befindlichen Wohnraum. Hier wollte er untersuchen, ob Witthoff Geld oder Sachen von Werth in seinen Taschen besitze. Kaum hatte er aber eine Hand nach dem Schuldner ausgestreckt, als eine große Wülfen-Dogge aus einer Ecke hervorprang und unter wildem Bellen seine Vorderbeine gegen die Brust des Beamten drückte. Dieser wich natürlich zurück. Er forderte den Schuldner auf, den Hund zurückzuhalten; Witthoff zog das Thier auch am Halsbande zurück, sobald der Beamte aber eine Bewegung gegen den Herrn des Hundes machte, gerieth er wieder in Gefahr. Er zog es deshalb vor, sich zu entfernen, um bald darauf in Begleitung eines Schutzmannes zurückzukehren. Der frühere Antritt wiederholte sich, der Schutzmann erklärte, nicht das Recht zu haben, den Hund mit dem Säbel niederzulassen, Witthoff weigerte sich, das Thier aus dem Zimmer zu entfernen, beide Beamte mußten unverrichteter Sache davongehen und die Pfändung mußte unterbleiben. Witthoff wurde vom Schöffengericht zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt. Der Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde darin gefunden, daß der Angeklagte sich genugert hatte, den Hund aus dem Zimmer zu schaffen. Im gestrigen Termin vor der Berufungsinstanz suchte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Bronker, aus juristischen Gründen das erste Urtheil an, aber ohne Erfolg, da das Erkenntnis des Schöffengerichts bestätigt wurde.

Wegen Mißhandlung ihrer Dienstmagd hatte sich gestern das Oberverwaltungsgericht zu Charlottenburg vor dem Schöffengericht zu verantworten. Gegen sie führten zwei junge noch nicht 16 jährige Mädchen Beschwerde, die kurz hinter einander bei den Angeklagten im Dienst gehalten haben und sehr schlecht behandelt sein wollen. Die beiden Mädchen behaupteten übereinstimmend, daß die Knappheit des Offens durch häufige Mißhandlungen weit gemacht werden sollte. Der Gemann soll namentlich die Methode befolgt haben, die noch so jugendlichen Mädchen, wenn sie einmal die Zeit verschlafen, durch Bespritzen mit kaltem Wasser zu wecken; die eine hat auch einmal bei passender Gelegenheit einen ganzen Waschnapf voll Wasser über den Kopf bekommen, und beide beklagten sich darüber, daß sie vom Dienstherrn mit Pfaffen und Schlägen reichlich traktirt worden seien. Die beiden Angeklagten bestritten die Behauptung

tungen der Mädchen, meinten, diese seien durch ein anderes Mädchen ausgebeutet und der Dienstherr behauptete, daß er nur das ihm nach der Gesindeordnung zustehende Züchtigungsrecht böswilligen Dienstherrn geltend gemacht habe. Auf Grund der vorliegenden ärztlichen Atteste erachtete aber das Schöffengericht dieses Züchtigungsrecht für überschritten und verurteilte den angeklagten Ehegatten zu 30 M. Geldbuße. Die Ehefrau wurde freigesprochen.

Prag, 27. Januar. Omladinaprozeß. Heute wurden Polizeiorgane und Privatleute vernommen, welche eine beträchtliche Menge ausgefeilter Zettel hochverrätherischen Inhalts aufgefunden hatten, ferner ein Student Namens Eugen Staud, welcher gegen seine angeklagten Mitschüler auszusagen. Sodann wurde der 31 Jahre alte Porzellanmaler Sorina vernommen, von dem die Angeklagten behaupteten, er hätte sie als Mitverschwörer in der Gefangenenzelle ausgehört und verrathen. Sorina sagte aus, er sei wiederholt mit dem Tode bedroht worden, falls er nicht zu Gunsten der Angeklagten auszusagen würde; man hätte ihm gedroht, es würde ihm so ergehen wie dem Mrs. Beide Zeugen wurden trotz der Proteste der Verteidiger beider. Sorina wurde während des eindringlichen Kreuzverhörs unwohl und mußte aus dem Saale geführt werden. Nachdem er sich erholt hatte, wurde das Kreuzverhör fortgesetzt. Verschiedene andere Zeugen sagten aus, daß auf dem Weissen Berge und im Rostocker Walde Versammlungen mit verbrecherischer Tendenz stattgefunden hätten.

Leipzig, 29. Januar. Das Reichsgericht hat die Revision des Redakteurs Vohardt, welcher am 14. November v. J. in Altenburg wegen Verleumdung des Landgerichts Meiningen verurteilt wurde, verworfen.

Versammlungen.

Die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer und Stuckateure tagte am Sonntag, 21. Januar. Die vom Kassierer gegebene Abrechnung vom 4. Quartal weist eine Einnahme von 36 181,47 M. und eine Ausgabe von 32 778,70 M. auf; mithin ist ein Bestand vorhanden von 3402,77 M. Der übrige Theil der Verhandlung betraf lediglich geschäftliche Angelegenheiten.

Im Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergeralanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 22. d. M. die ordentliche Generalversammlung der Berliner Mitgliedschaft statt. Der Geschäftsbericht für das vierte Quartal zeigt eine Steigerung der männlichen Mitgliederzahl von 343 auf 500, und der weiblichen von 42 auf 50. Die Einnahme der Zentralkasse betrug 1523 M., die Ausgabe 336,51 M., so daß 1186,49 M. abgeliefert werden konnten; für die Lokalasse betragen die gleichen Posten 762,09 M. resp. 469,22 M. Der Bestand beziffert sich auf 292,87 M. Für Unterstützung von Streiks wurden durch die Mitgliedschaft 295,98 M. aufgebracht. Sodann wurde die Abrechnung vom Kassierer-Kränzchen gegeben, die mit einem Ueberschuß von 45,05 M. abschließt. Der Bericht für den Arbeitsnachweis zeigt folgende Frequenz: Als arbeitslos meldeten sich im Quartal 381 Kollegen und 94 Kolleginnen, davon waren 43 resp. 74 Nichtmitglieder. Vakanten wurden angemeldet für Arbeiter 533 (darunter 114 zur Aushilfe) und für Arbeiterinnen 130. Davon wurden besetzt 270 resp. 19; viele Stellen in den Spezialfächern (Presserei, Schnittmacherei, Lederarbeit) konnten nicht besetzt werden, da die Arbeiter dieser Branchen, sowie die Arbeiterinnen des ganzen Gewerbes den Nachweis zu wenig benutzten. Die Bibliothek besteht aus 232 Bänden.

Es folgte dann die Wahl der Verwaltungspersonen. Als Vorsitzender wurde wiederum gewählt Gg. Schmidt, Manteuffelstraße 109; desgl. als erster Kassierer Otto Christian, Admiralstraße 16. Zu Vertrauensleuten wurden gewählt: für Buchbinderei Franz Bytomski, SO., Oranienstr. 184; für Lederwaarenbranche M. Wunsched, S., Louisenstr. 13, und für die Kartonbranche M. Ramlan, S., Fürstenstr. 15. Das Stiftungsfest der Mitgliedschaft findet am Sonnabend, den 3. März, in der Berliner Ressource statt.

Die hiesige Filiale des Allgemeinen Deutschen Tapezierer-Vereins hielt am 22. Januar eine Generalversammlung ab, in der der Kassierer den 4. Quartalsbericht erstattete. Die gesammten Einnahmen am Ort betragen 108,55 M., davon ab 1/3 für örtliche Verwendung 36,15 M., bleibt ein Bestand für die Hauptkasse von 72,40 M. Die Abrechnung der Filiale weist eine Einnahme von 53,98 M. und

eine Ausgabe von 39,20 M. auf, bleibt mithin ein Bestand von 14,78 M. Die Mitglieder werden dringend ersucht, zu der nächsten Versammlung am 5. Februar recht zahlreich zu erscheinen.

In einer gut besuchten Versammlung der Metallschrauber- und Fräsearbeiter vom Verbands aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hielt am 22. d. M. Genosse Sassenbach einen Vortrag über: „Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay.“ Die Versammlung folgte dem interessanten Vortrage mit lebhaftem Interesse. Die weiteren Verhandlungen dienten zur Regelung einiger Vereinsangelegenheiten.

Eine Bezirksversammlung in Moabit einberufen vom Verbands aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter tagte am 23. d. M. Zur Verhandlung stand das Thema: „Die Mißhandlung eines Arbeiters in der Fabrik Siemens u. Halske.“ Schon lange vor Eröffnung der Versammlung war das Versammlungskollegium überfüllt und mußten Tische und Stühle aus dem Saale entfernt werden. Kollege Röhler schilderte in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage die schmachvollen Zustände in verschiedenen Werkstätten und Fabriken der Metallindustrie. Die Mißhandlung des Arbeiters Janßen in der Fabrik Siemens u. Halske wird von mehreren Kollegen, die Augenzeugen jener Affäre gewesen waren eingehend geschildert und gab eine Beschreibung dessen was der „Vorwärts“ bereits in der Angelegenheit zur Kenntnis gebracht hat. Der Ingenieur Wesseler hatte bekanntlich im Verlaufe des Streites, den er mit dem betreffenden Arbeiter hatte, den Befehl gegeben, den Hydranten zu öffnen und den kalten Wasserstrahl auf den sich widersetzenden Arbeiter zu richten. Dem Arbeiter ist, wie bekannt gegeben wurde, das Trommelfell geplatzt und liegt an einer Gehirnentzündung schwer krank darnieder. Die Versammlung nahm mit Reichen der tiefsten Entrüstung diese Mittheilungen entgegen. Ein Meister der Firma sucht, von fortwährenden Zwischenrufen unterbrochen, die Handlungsweise des Herrn Wesseler zu rechtfertigen und behauptet, der Janßen sei sinnlos betrunken gewesen und hätte sich wie ein Stück Vieh benommen; doch sagen Augenzeugen demgegenüber, dies sei nicht der Fall, der Janßen sei nur sehr erregt gewesen. Der Meister findet denn auch bei der Versammlung keinen Glauben. Frau Janßen hat alle ihr angebotenen Almosen zurückgewiesen und die Sache einem Rechtsanwalt übergeben, der sicher für die strenge Untersuchung sorgen wird. Kollege Röhler verliest hierauf noch zwei Lehnzettel, die beweisen, was für Hungerlöhne bei Siemens u. Halske den wirklichen Arbeitsträgern gezahlt werden. Einem Mädchen wurde in der Zeit vom 7. bis 13. November 7,04 M., vom 28. September bis 4. Oktober 5,78 M. ausbezahlt.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung beschäftigte sich am 25. Januar mit der in voriger Woche erfolgten Entlassung von 14 Monteuren der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft. Kollege Röhler referierte hierzu. Die Direktion der Gesellschaft schämt es, entgegen ihrer Versicherung, doch einigen Arbeitern verübelt zu haben, daß diese gegen die geplante Einrichtung einer Betriebs-Krankenkasse stimmten und sich gar erlaubten, die Beschwerden ihrer sämmtlichen Kollegen in den Versammlungen zu vertreten. Dazu mag die öffentliche Agitation gegen die in der Gasglühlicht-Gesellschaft herrschenden Mißstände der Direktion unbehagen geworden sein. Kurz, in voriger Woche erfolgte die Entlassung der in den Versammlungen und in der Fabrik gegen die Direktion ausgetretenen Arbeiter, angeblich wegen Betriebsvereinschließung, tatsächlich aber offenbar aus den vorerwähnten Gründen; denn unmittelbar nach der Entlassung suchte die Gesellschaft neue Monteure durch den „Total-Anzeiger“. Die Direktion spielt übrigens ihren Arbeitern gegenüber stets die Arbeiter der Lampenfabrik von Pintsch aus, deren Inhaber zugleich Aufsichtsrats-Mitglied der Gasglühlicht-Gesellschaft ist. Die Direktion der letzteren sagt den bei ihr beschäftigten Arbeitern stets: „Wenn Ihr nicht arbeiten wollt, dann laßt ich die Arbeiter von Pintsch kommen“, bei dem auch ein Theil der Arbeiten der Gesellschaft gemacht wird. Leider haben sich auf das Inserat im „Total-Anzeiger“ eine große Zahl von Arbeitern gemeldet. Der Lohn, den die Gesellschaft den neuen Arbeitern zahlt, ist jetzt noch schlechter als früher. Wie indifferent noch einzelne Arbeiter sind, geht daraus hervor, daß ein Monteur, der entlassen werden sollte, die Direktion gebeten hat, doch ja die Entlassung zurückzunehmen, er wolle auch gerne 50 Mark Strafe zahlen, die ihm allmählich abgezogen werden könnten. Kollege Klamm erzählte, daß er am 11. Januar ds. J. entlassen worden und ihm dabei für eine Probikrone, die er bei einer Reparatur liegen ließ, 10 M. abgezogen seien, während solche Krone den Kunden nur mit 3 M. berechnet wird und ihre Her-

stellungskosten gar nur 90 Pfg. betragen. Zwei Tage nach seiner Entlassung sei ihm eingefallen, wo diese Krone liegen geblieben sei. In der Absicht, sie abzuholen, erfuhr er, daß diese Krone schon „vor einigen Tagen“ dem Direktor Krüger zugestellt wurde. Dem Kollegen Schulisch, der mit zur Kontrolle über die Verwendung der Strafgebühren gewählt war, unterlagte der Direktor den Einblick in die Geschäftsbücher, machte ihm also so die Kontrolle unmöglich. Weitere Redner theilten mit, daß nicht nur die 14 Monteure, darunter auch die ältesten, sondern auch 25 bis 28 Hilfsarbeiter entlassen worden sind. Mit besonderer Entrüstung wies man darauf hin, daß in der ersten Versammlung die Direktion durch ihren Vertreter, den Ingenieur Tsch, erklären ließ, niemandem, der Mißstände zur Sprache bringe, werde deshalb etwas geschehen. Diese Maßregelung ist nun doch erfolgt. Nachdem Kollege Röhler nochmals den Arbeitern die Organisation empfohlen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung ersieht in der Entlassung der Arbeiter der deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft eine Ungerechtigkeit und erblickt das einzige Mittel zur Abhilfe in dem Anschluß an die Gewerkschafts-Organisation. Alle Anwesenden verpflichten sich deshalb, dem Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend beizutreten.

Vermischtes.

Künstliche Beleuchtung von Innenräumen. Ueber künstliche Beleuchtung, verschiedenartig ausgestatteter Räume wurden von sachmännischer Seite kürzlich Versuche angestellt, welche zu folgendem Resultat führten: Erleuchtet man einen Raum, dessen Wände mit schwarzem Tuch bedeckt sind, mit einem Beleuchtungskörper von 100 Kerzen, so sind zur Erzielung des gleichen Grades von Helligkeit für denselben Raum nötig, wenn er mit dunkelbrauner Tapete ausgestattet ist, 87 Kerzen; wenn mit blauer Tapete, 72, und wenn mit hellgelber Tapete, 60 Kerzen. Derselbe Raum mit hölzerner Wandverkleidung in Naturfarbe oder weiß gestrichen, erfordert 50, mit dunklem Paneel dagegen 80, mit glatten, geweißten Wänden dagegen nur 15 Kerzen.

Zur Unfallverhütung in Bergwerken. Die physikalische Thatsache, daß der Ton einer Orgelpfeife sich ändert, wenn verschiedeneartige Gase durch sie hindurch streichen, hat der Franzose Hardy zu einer sinnreichen Erfindung benützt, die das Herannahen schlagender Wetter in Bergwerken anzeigen und bemerkbar machen soll. Das „Formenophon“, wie er seine Erfindung benannt hat, besteht aus zwei für Luft gleichgestimmten Orgelpfeifen, von denen die eine stets von reiner Luft durchblasen wird, die in dem Apparate eingeschlossen ist, während die andere die zu untersuchende Luft hindurchstreichen und so die Pfeife ertönen läßt. Sobald Schwebungen (Stöße) zwischen beiden Pfeifen einen Tonunterschied anzeigen, muß also die eine Pfeife von einem Gasgemisch angeblasen werden, das von dem der atmosphärischen Luft verschieden ist. Durch ein Uhrwerk kann der Apparat auch automatisch wirken und seine Töne lassen sich durch Telephonleitung mit Leichtigkeit in das Zimmer des Aufsichtsbeamten übertragen und nöthigenfalls durch ein Mikrophon so verstärken, daß sie ohne weiteres Jutkun als Alarmsignal dienen können. — Wiederrum also macht der menschliche Geist einen weiteren Schritt in der Beherrschung der Natur; die Zahl der Mittel, die die Gefahr der Bergarbeit zu mildern, ist um eins, und ein anscheinend sehr wichtiges, vermehrt. Wir wollen nur hoffen, daß der Preis des „Formenophons“ nicht allzu hoch ist, denn sonst dürfte die Profitgier unserer Kohlenbarone dieses neue Mittel zur Unfallverhütung unbenutzt lassen.

Draufisch tritt die Gleichstellung der Armen mit dem lieben Vieh in einem vom Schwarzpöbeler Voten veröffentlichten Protokollbericht eines Dorfschulzen zu Tage, in welchem es naiv heißt: „Heute Mittag wurde von einem Kollegium des Gemeinderaths der Schafstall und das Armenhaus einer eingehenden Visitation unterzogen; die Insassen erklärten sich für befriedigt.“

Briefkasten der Expedition.

Fräulein. Am Sonnabend ist uns keine Annonce zugegangen.

Presskohlen

beste Senftenberger Marie, 5 Mark frei Keller mit Fuhrlohn und Packen. Probekohlen gratis frei Haus.

Frischheisen & Co., Wienerstr. 18.

0288R

Zu Sommerfesten
empfehle Vereinen und Gesellschaften den prachtvollen, schattigen Garten der Sockbrauerei mit Theaterbühne und Tanzsälen ab 1. April dieses Jahres 1526b
unentgeltlich.
Umgehende Bestellungen erwünscht
A. Tiedemann, Oekonom der Sockbrauerei Tempelhoferberg.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hofpart., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen.
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlt ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,
echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,50, 2,10, bei 5 Pl. 10 Pl. billiger.
Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 6099R
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Zur Ballsaison
empfehle Ballschuhe jeder Art zu billigen Preisen, auch zu verleben.
Schuh- und Stiefel-Paradies, Wedding, Roialekandorf-Strasse 4.
5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei,
Brot für 50 Pfennig
liefert Wrangel-Strasse 8
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Sophastoff-Reste

in Nips, Damast, Crèpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch, und bunten Moquett's spottbillig!
Proben franko! 5150L*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostons für Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

Sophastoff-Reste

in Phantasie, Nips, Damast, Crèpe, Gobelin, Plüsch und Moquett, ferner: **Teppiche, Portièren, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe,** spottbillig i. Konkursmassen-Ausverk.

J. Adler Söhne
Spandauerstr. 30, 1525b
gegenüber dem Rathhause.

Filzschuh-Ausverkauf

wegen Aufgabe zu billigsten Preisen. 5535L*
Reinickendorferstr. 4.
A. Tiedemann's Homöopath. Institut, Wollnerstr. 10 (am Altona-Platz). Sprechst. von 8-10 u. 2-3, Sonn- u. 8-11. Langjährige Praxis. Näpfliges Honorar. 1518b*

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung, Brunnenstr. 185.** Formen (Wodsoorn) wieder vorräthig.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Homöopath. Institut, Schönholzer
frage 17. 8-9, 4-5
Sonntags 9-10. 1137b

Rechtsbureau
des königlichen Amtsraths v. Alte-Jakobstrasse 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1063b

Fischer-Werkstatt, altes Geschäft, 6 Bände mit Zubehör und guter Kundenschaft zu verkaufen. Offerten unter B. 100 an Kuntze's Annoncen-Anstalt, Gr. Frankfurterstr. 36. [1454b

Eine gute Zither 1524b ist mit Klaviertisch und Schale billig zu verkaufen bei A. Baer, Adlershof bei Köpenick, Friedenstr. 5, v. 2 Tr.

Altes Schenkenhaus, Eimienstr. 5, empfiehlt seine Säle. Sonntag, den 18. März, ist noch zu vergeben. [1286b

Detailverkauf sämmtl. Sorten Roh-Tabak

Rud. Völcker & Sohn, Köpnickestr. 45. [1270b

Elegante Wästenkostüme bill. klar, Oranienstr. 13 (a. Heinrichspl.). 1527b
Betten, guter Stand, sof. 22 M. s. verk. Reichenbergerstr. 176, v. II. r.

Louisenstädt. Klubhaus,

Munnenstraße 16.
Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfiehlt **L. Ehrenberg.**

Schulstr. 50 1 Schmiede- oder Schloßwerkstatt, großer Hof, billig zu vermieten. 1471b*

Ein Laden für Schuhmacher, Platanen- oder anderes Geschäft zu vermieten. Etage und Küche 64 Thlr. zum 1./4. 1894 Ewinenländerstr. 123 beim Wirth. 1377b

Möbl. Schlafst. für Herren Raungrasse 79, S. 3 Tr. b. Herpel. 1515b

Möbl. Schlafst. s. v. Raulerstr. 2, v. 4 Tr. Preis 10 M. 1516b

Möbl. Schlafst. f. Frn., sep. Eing., b. Thomas, Manteuffelstr. 44, v. 3 Tr. Schlafst. s. verm. Manteuffelstr. 90, I. r.

Möbl. Schlafst., sep. Eing., Lange-Strasse 25, v. 1 Tr. I. 1531b

Arbeitsmarkt.

Mechaniker, vertraut mit der Montage von Post-Endstellen verlangt Aktien-Gesellschaft Mtg u. Genet, Bismarckstr. 80. 1525b

Man kann auf einer Bombe nicht sitzen.

Paris, den 28. Januar 1894.
„Man kann auf Bajonetten nicht sitzen,“ sagte Napoleon, der begriff, daß es, um ein Volk zu regieren, anderer Mittel bedarf, als der rohen Gewalt. Herr Casimir Perier hat diesen weisen Rath nicht beherzigt, dem zu folgen Napoleon selber beiläufig nicht in den Sinn kam. Die anarchische Bombe hatte ein Ministerium besetzt; er setzte sich auf sie, vergaß aber, daß es eine Umsturzmaschine war.

Einem Schauspieler gleich, der seine Rückkehr auf die Bühne sorgfältig vorbereitet, traf Herr Casimir Perier alle Maßregeln, damit die Wiedereröffnung der Kammer mit dem Prozeß Vaillant zusammenfallen sollte; er wollte den Abgeordneten den Kopf des Anarchisten darbieten, der ihnen nur die Haut gekratzt hatte. Die Sache ging schief. Diese Haut übertrug sich und verstimmt das Publikum. Der Advokat Vaillant's weigerte sich in der letzten Minute, ihn unter solchen Bedingungen zu verteidigen. Man mußte einen anderen Verteidiger finden, der einige Tage Frist verlangte, um die Akten zu studieren, und so kam es, daß die Kammer vor der Verurteilung des Anarchisten eröffnet wurde. Der Oberstaatsanwalt verlangte seinen Kopf und erhielt ihn von den Geschworenen.

Weit entfernt, die öffentliche Meinung zu befriedigen, hatte dieses unmenschliche Urtheil im Gegentheil die Wirkung, allen Schrecken, den das Kammerurtheil erzeugt hatte, sich verschärfen zu lassen. Mitleid wurde für den zum Tode Verurtheilten erweckt, und in der Kammer und außerhalb der Kammer wurden Petitionen unterzeichnet, um eine Umwandlung der Strafe zu erwirken. Das elfjährige Töchterchen Vaillant's ist kein Gegenstand des Abscheus, wie das Kind und Verwandte von Verurtheilten zu sein pflegen; es sitzt im Gegentheil allgemein Mitleid und Sympathie ein. Man beunruhigt sich um ihr Schicksal. Die reaktionären Zeitungen: der „Figaro“, der „Gaulois“, der „Soleil“ u. s. w. bitten gütliche Seelen unter ihren Lesern, sich doch des Kindes anzunehmen und für seine Zukunft zu sorgen. Die Herzogin von Uzes, der einzige Mann der boulangistischen Partei, erbietet sich es zu erziehen. Es entsteht dann ein wahrer Wettkampf um die Tochter Vaillant's. Jeder will sie versorgen. Professoren, Journalisten, Künstler, Kleinbürger — ohne von den Anarchisten zu reden, und vornehme Damen schreiben an die Zeitungen, schreiben an den Vater und an die Mutter, schreiben an Gott und die Welt, um die Vormundschaft der kleinen Sidonie zu bekommen, die sie in ihrer Familie erziehen wollen. Die Spitze des Sieges, den Herr Casimir Perier vor dem Schwurgericht davongetragen hat, wendet sich gegen ihn, und wenn er Vaillant den Kopf abschneiden läßt, so hat er eine Kanonenkugel am Bein.

Die Regierung hoffte mit der Rentenumwandlung von 4 1/2 auf 3 1/2 pCt., die ihr 68 Millionen einbringen und das Gleichgewicht des Budgets herstellen sollte, einen neuen Triumph zu erringen; aber sie machte die Rechnung ohne die Sozialisten. „Statt zu 3 1/2 pCt. umzuwandeln, solltet Ihr zu 3 pCt. umzuwandeln!“ sagte der Sozialist Avez, statt 68 Millionen habt Ihr dann 100! Der Hieb brachte Burdeau, den Finanzminister, ganz aus der Fassung — derselbe wußte in seiner Verlegenheit nichts anderes zu sagen, als Avez wolle die ganze Staatsschuld abschaffen, das heißt streichen. „Gut — fällt Jaurez ein — wandeln Sie zu 3 1/2 pCt. um, da Sie die Berechnungen der Spekulation nicht umwerfen wollen, aber die 68 Millionen, die Sie gewinnen werden, verlange ich für die Landwirtschaft. Man verspricht den Bauern bei jeder Rentenumwandlung einen Steuernachlaß. Halten Sie dies Mal Ihr Versprechen und verwenden Sie diese 68 Millionen zur Abschaffung der Grundsteuer für die Kleinbauern, die sollen ihr Gutchen bebauen.“ Weder die Kammer, noch die Minister hatten diesen Streich erwartet. Die Deputirten der Rechten und des Zentrums, die sich als Verteidiger der Kleinbauern aufspielen, waren in der Halle; sie konnten nicht anders: sie mußten für den Jaurez'schen Vorschlag stimmen, um ihren Wählern nicht zu mißfallen. Jonnard, der Handelsminister, den Deville für einen Fälscher und einen Trolch erklart hat, wagte nicht etwas einzuwenden; er schwieg. Der Antrag ging mit erdrückender Mehrheit durch. Diese Abstimmung hätte das Ministerium gestürzt, wenn sie ausreicht erhalten worden wäre. Burdeau läuft voll Befürzung zum Telephon und bittet Casimir Perier, schleunigst in die Kammer zu kommen. Er kommt und erklärt der Kammer: er werde, wenn die Abstimmung nicht rückgängig gemacht werde, sein Amt niederlegen. Voll Schrecken wälzt die Mehrheit seiner Aufforderung, um nicht eine neue Ministerkrise zu eröffnen, und in

dem Zeitraum einer halben Stunde löst sie den früheren Beschluß um. Ein schallendes Gelächter erhob sich in ganz Frankreich. Niemals hat sich eine Kammer so lächerlich gemacht.

Aber welcher großer Erfolg für den Sozialismus! Die Philister aller Parteien, von den radikalen Republikanern bis zu den katholischen Monarchisten, reden den Bauern vor, die Sozialisten seien Theiler, die den Bauern ihr Land und ihr Geld wegnehmen wollen, um es unter sich zu vertheilen, und doch sind es gerade die Sozialisten, welche die Kleinbauern gegen den Fiskus verteidigen, der ihnen ihr Geld nehmen will; die Bourgeois-Abgeordneten vielmehr sind es, die sie schmachvoll verriethen, um den Ministern zu gefallen.

Die Bourgeois warf in ihrer Verlegenheit den Sozialdemokraten vor, sie verneigten ihre kommunistischen Grundsätze, sie seien die Beschützer der Kleingrundbesitzer, die von aller Welt ausgebeutet würden, sie forderten Reformen nur für die Landleute, während sie für die Arbeiter der Städte gar nichts thaten: mit solch dummen Mitteln suchten die Bourgeois-Blätter die Wirkung des sozialistischen Sieges abzuschwächen. Allein die Sozialisten schlafen auf ihren Lorbeeren nicht ein. Kaum ist Jaurez damit fertig, das Ministerium in die Minorität zu versetzen, so kommt Rouanet, der sozialistische Abgeordnete von Paris, mit Vorschlägen zu gunsten der Kaufleute. In Anbetracht des fortwährenden Sinkens der Kapitalzinsen, das dem Staat erlaubt, seine Schuld umzuwandeln, verlangt er von der Kammer eine Herabsetzung der gesetzlichen Zinsen im Handelsverkehr von 6 pCt. auf 5 pCt. und im bürgerlichen Kreditverkehr von 5 pCt. auf 4 pCt. Die Bourgeois sind ganz erstaunt, solch vernünftige und vortheilhafte Vorschläge in ihrem Interesse von einem Sozialisten und nicht von ihren eigenen großen Männern ausgedenkt zu sehen. Selbst der „Temps“ mußte das Zeitgemäße einer solchen Reform anerkennen.

Während die Sozialisten die gute Meinung aller Klassen der Gesellschaft für sich erobern, freiten sich die Minister, denen es nicht gelungen ist auf der anarchischen Bombe zu sitzen, unter sich: Casimir Perier ist während an Duboif, den Justizminister, der durch seine ungeschickliche Sympathie für Vaillant erweckt hat, auf Kannal, den Minister des Innern, der am 1. Januar zweitausend Verhaftungen und Hausdurchsuchungen veranlaßt hatte und doch nicht die kleinste anarchische Beschuldigung zu stande bringen konnte, und auf Burdeau, den Finanzminister, der nicht die Millionen der Rentenumwandlung verteidigen konnte und ihn geduldet hatte, persönlich einzutreten, um die Lage zu retten. Er gab die Kammer der Lächerlichkeit preis, und diese kann ihm die Ueberrumpelung, durch welche er ihr jene Abstimmung entriß, nicht verzeihen.

Man spricht von Verschiebungen im Ministerium. Casimir Perier will sich jener drei Troltsche entledigen, die ihn durch ihre unreinliche Vergangenheit und ihre notorische Unfähigkeit kompromittiren. In der alten Kammer nannte man das „die Minister ausschiffen“, heute ist man energischer, man sagt „den Ballast wegwerfen“. Von der Wasserfahrtschiffahrt ist man zur Luftschiffahrt übergegangen und demnach sieht die Marine auf der Tagesordnung. Clémenceau, der seit seiner Wahlniederlage ganz wild geworden ist, denunziert unablässig jeden Morgen das Marineministerium, das er als eine wahre Liebesbühne hinstellt: er veröffentlicht in der „Justice“ amtliche Schriftstücke über amtliche Schriftstücke, die beweisen, daß in Toulon, einem der drei großen Kriegshäfen Frankreichs, die Verproviantirung so ungenügend ist, daß im Falle eines plötzlichen Krieges die Toulonener Flotte den Hafen nicht verlassen könnte. Diese Enthaltungen haben die öffentliche Meinung so aufgeregt, daß die Regierung eine Untersuchung anordnen mußte, und sie haben die obersten Spitzen der Marine so in Wuth gebracht, daß man schon von einer Anklage gegen Clémenceau spricht: doch man wird einen solchen Schritt nicht wagen.

Das Ministerium ist entgleist; es bedarf einer anarchischen Bombe zu seiner Rettung, aber: non bis in idem. Solche Glücksfälle wiederholen sich nicht.

Gallus.

Soziale Ueberlicht.

An die Bureau-Angestellten. Die Erwerbsverhältnisse der Bureau-Angestellten dürften gewiß mit zu den traurigsten erachtet werden. Löhne von 30 und 35 M. monatlich gehören nicht zu den Seltenheiten. Thatsache ist, daß selbst von Amtsgerichten dem Schreiber 30 M. Monatsgehalt geboten werden, und von privater Seite das Gehalt oft noch unter 20 M. herabgedrückt wird. Es ist weiterhin bekannt, daß auch Kinder uns in unserem Beruf Konkurrenz machen und für einen Lohn von 3 M. und noch weniger monatlich deren Arbeitskraft ausgebeutet

lichen Namen dort abgestiegen sei. So eilte ich auf's Telegraphenamt und fragte per Droht zu Hause an, ob eine Botschaft für mich angekommen sei, und welche. Antwort: Nichts. Ich ging nochmals nach dem Cologne. . . . Nichts! Endlich beschloß ich, einen Brief an „Herrn Möhlig, Ingenieur“ (unter dieser Adresse hatte Herr M. erklärt, im Cologne abheigen zu wollen), nach dem Hotel de Biennes zu senden. Das Unglaubliche war geschehen: Herr Möhlig war unter seinem wirklichen Namen im gleichen Hotel mit Peukert abgestiegen, und dort zu begegnen kaum vermieden werden konnte! Und Peukert, wie mir der Nachener „Bekannter“ des Herrn M. am Abend zuvor erzählt hatte, war ihrer Weider auf dem Bahnhof gewahrt worden und hatte sie durchdringend fixirt, besonders Herr Möhlig, der mit seinem über dem Ueberziehtragen getragenen rothen Halsuch eine sehr auffällige Figur war. Entweder war also das ganze bisherige Verfahren der beiden Herren ein sehr ungeschicktes, oder — — — Peukert war nicht zu fürchten.

Ich bekam also aus dem Hotel de Biennes eine Antwort des Herrn Möhlig, dahin lautend, daß ich ihn daselbst besuchen möge. Also nochmals eine Einladung nach dem Biennes! Ich erwiderte, daß ich aus bekannten Gründen sein Hotel nicht betreten könne und bat, mich im Croix de ser, einem deutschen Bierhaus auf der Grande Place, aufzusuchen zu wollen. Dorthin kamen denn auch nach einer Weile Dr. Möhlig und der „Bekannter“.

Sie erzählten Trautner, daß Peukert gegen 9 Uhr Morgens ausgegangen, von ihnen aber nicht überwatcht worden sei. Trautner erstaunte natürlich nicht wenig über diese ihn unbegreifliche Nonchalance.

Somit handelt es sich für den Augenblick das Hotel ohne Aussicht war, daß also, falls Peukert nicht wissentlich der Polizei in die Hände arbeitete, eventuell das ganze Unternehmen, insofern das denn als grobe Nachlässigkeit erscheinenden Verhaltens der beiden Polizeibeamten, hätte scheitern können. Denn, wie mir alsbald sehen werden, weigerte sich Avez, mit Neuf etwas zu thun zu haben, und schickte ihn weg, um mit Peukert allein zu reden, — — — aber nicht auf seiner Wohnung, die er dem Peukert nicht anvertraute.

Jetzt war keine Zeit mehr zu verlieren. Dr. Möhlig begab sich nach seinem Hotel zurück, während ich seinen „Bekannter“ nach einem Hause dirigitte, in welchem ich Peukert vermuthen durfte. Doch

wird. Statt daß nun angeichts solcher betrübenden Thatsachen die Bureau-Angestellten sich zu einem zielbewußten Vorgehen, zu einer geschlossenen Organisation gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus aufraffen, hängen sie sich an die Rockschöße der Bourgeoisie und leben in dem Wahne fort, daß, wenn sie nichts fordern, sie noch am besten dabei fahren. Kollegen! Die Bourgeoisie begiebt sich aus eigenem Antriebe, aus purer Menschenfreundlichkeit keines ihrer Machtmittel zur Unterdrückung des Arbeiterstandes. Mögen sich die Kollegen auch nicht von falschen Freunden fixen lassen, die ihre hilflose Lage nur auszunutzen suchen, um ihre Sonderinteressen zu verfolgen und die durch Bildungsspielerei sich den Anschein geben, als vertreten sie die Interessen der Berufsgegnossen.

Unsere Aufgabe erblicken wir darin, dem Arbeiter — gleichviel ob geistig oder physisch thätig — sozialpolitische Aufklärung zu bieten und ihn von dem Wahn zu befreien, als ob die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen, die von einigen unserer Berufsgegnossen ganz besonders gepflegt werden, zur sozialer Besserstellung irgend etwas beitragen können.

Alle Kollegen, welche das Streben haben, ihre Lage zu bessern, sind in unseren Versammlungen jeden Dienstag nach dem 15. und 1. bei Golisch, Lothringersstr. 63, stets gern gesehen.

Der Verein der Bureau-Angestellten und verw. Berufsgegnossen.

Achtung, Studakture! Der Unterzeichnete ersucht die Kollegen aus den Stadttheilen Moabit und Wedding, sich an einer Besprechung, die am Donnerstag, den 1. Februar, bei Giesebolt, Woyensstr. 40, stattfindet, recht zahlreich zu betheiligen. Die Zusammenkunft soll die Gründung einer Zahl- und Verkehrsstelle für obige Stadttheile berathen. Der Vertrauensmann der Studakture (Berlin N.). T. Weichbrod, Kielesstr. 18.

Achtung, Kürschner! Bei der Firma S. Wachtel, Hamburg, haben die Kollegen am 27. d. M. die Arbeit niedergelegt. Der Grund hierzu war die schlechte Behandlung seitens eines neuen Werkführers. Derselbe beabsichtigte auch, die Löhne zu reduzieren. Kollegen, zeigt Eure Solidarität. Der Zugzug ist streng fern zu halten. Ed. Riem, Aderstr. 21, Hof part.

Achtung, Rixdorf! Sämmtlichen Vorständen der Gewerkschaften in Rixdorf und der Umgegend machen wir es zur Pflicht, dem Beschluß der Versammlung vom 3. Dezember 1893 nachzukommen. Danach soll für unseren Ort ein Gewerkschaftskartell gebildet werden, bezugs einheitlicher Regelung der Versammlungen. Es ist deshalb nothwendig, daß die Gewerkschaften so schnell als möglich in öffentlichen Versammlungen einen Delegirten wählen. Die Adressen der Gewählten sind bei A. Böttcher, Göttestr. 1, abzugeben. Die Kommission.

An die Parteigenossen in Wilmsdorf richten wir dringende Aufforderung, die Gemeindevorwähler-Listen einzusehen. Bis jetzt sind die Parteigenossen dieser Pflicht noch sehr wenig nachgekommen. Denjenigen Genossen, die keine Zeit haben, sich Einsicht in die Listen zu verschaffen, mögen sich bei dem Vertrauensmann melden. G. Käbler, Vertrauensmann, Sigmaringenstr. 82, 2 Tr.

Ein Kongress sämmtlicher in der Bekleidungsindustrie Württembergs beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter wird am 25. Februar in Stuttgart abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Bericht der Delegirten. 2. Branchen-Zentralisation oder Industrieverbände. 3. Agitation. 4. Statistik. Außerdem wird auf dem Kongress auch der Anschluß an die außerdeutschen Verbände der Branche besprochen werden.

Auch eine Antwort. Die Düsseldorf Arbeiterlosen wählten in einer Versammlung eine Kommission, die beauftragt wurde, im Namen der Arbeiterlosen an das Oberbürgermeisteramt den Antrag auf Beschaffung von städtischen Arbeiten zu stellen. Auf diesen Antrag lief folgende klassische Antwort des Oberbürgermeisters Bindemann ein:

„Auf die gefällige Eingabe ohne Datum, hier eingegangen am 12. Januar cr., bescheide ich Sie, daß es einer Beschlußfassung der Stadtverordneten-Versammlung über die Inangriffnahme städtischer Arbeiten nicht bedarf. Wenn Sie Arbeit wünschen, wollen Sie sich auf Zimmer Nr. 14 im Rathhaus melden; ich werde mich, falls die demnächst anzustellenden Ermittlungen ergeben, daß Sie wirklich der öffentlichen Fürsorge bedürfen, bemühen, Ihnen Arbeit nachzuweisen.“

Es also Jemand Arbeit erhält, muß er sich einer hochnoth-

Wie John Neve verhaftet wurde.

II.

Der Zug fuhr in die Station. Die ersten Passagiere, welche die Bahnhofsallee verließen, waren Peukert und Neuf; ersteren kannte ich persönlich, letzterer irug der Verabredung gemäß ein rothes Halsuch gleich Herrn Möhlig.

Die Welden schritten sehr schnell an einer langen Reihe von Troltschen vorüber, sprangen dann in die letzte und fuhren, nach ein paar Worten zum Kutscher, davon.

Eben im Verriß in die nächste Troltsche zu steigen, hörte ich die Stimme des Herrn Möhlig:

„Guten Abend,“ sagte er. „Fahren Sie nach Hause?“ (sic!!)

„Nein,“ antwortete ich, ganz „pass“ über diese Frage in diesem Moment. „Aber die Keris kommen uns ja aus! Steigen Sie doch schnell irgendwo ein! Schnell!“

Trautner schildert nun das Lengen und Breiten, wie der Polizeikommissar Möhlig so gar kein Interesse daran bezeugt habe, den beiden angeblich zu Ueberwachenden (Peukert und Neuf) zu folgen, wohl weil er sicher war, daß sie direkt in das ihm von Neuf bezeichnete Hotel de Biennes, Rue de la Bourde, fahren würden. Das geschah auch. Trautner folgte den beiden Ehrenmännern bis zum Hotel.

Es verging eine halbe Stunde, als Herr Möhlig und sein Bekannter langsam herankommen.

„Sind sie im Hotel?“ fragte Herr Möhlig. Und als ich auf die Frage bejahend geantwortet hatte, meinte er: „Na, dann können wir uns getroßt in die Klappe legen.“

Darauf begaben sich Epithel Trautner, Polizeikommissar Möhlig und sein „Bekannter“ in das gegenüber liegende Hotel de Cologne, in dem die beiden Letzteren angeblich Logis bezogen, und Trautner auf den nächsten Morgen um 10 Uhr besetzten. Als Trautner zur festgesetzten Stunde zum Rendezvous sich einfinden, erfährt er, daß der Herr Polizeikommissar und sein „Bekannter“ gleich nach ihm am Abend vorher sich entsetzt und keinerlei Nachricht für ihn hinterlassen hatten. Und nun fährt Trautner fort: „Wo sollte ich diese beiden M. . . . poligisten finden?! Wahr-scheinlich waren sie trotz aller Abmachungen im gleichen Hotel mit Peukert und Neuf abgestiegen. Persönlich konnte ich (da Peukert mich kannte) das Hotel nicht betreten; andererseits durfte ich nicht wohl annehmen, daß Herr Möhlig unter seinem wirt-

Peukert war nicht da. Wir beschloßen daher zu Herrn Möhlig zurückzufahren. Während mein Begleiter sich in das Hotel begab, observierte ich die StraÙe. Das hatte kaum ein paar Minuten gedauert, als ich hinter mir hastige Schritte hörte. Ich wandte mich um und sah Peukert in Begleitung eines Menschen, in dem ich einen früher in der Schwarz aufhältlich gewesenen Anarchisten Leonhard zu erkennen glaubte, in das Hotel eilen. Ich theilte dies dem „Bekanntem“ sofort mit; doch dieser wollte durchaus nicht daran glauben. Warum? Hatte Peukert seine Ankunft etwa auf später angeheißelt? Da erschien Herr Möhlig unter dem Hoteleingang und theilte uns mit, daß der Portier ihn diesen Augenblick darauf aufmerksam gemacht habe, daß der Herr von Nr. 26“ sorben in Begleitung eines „englischen Genossen“ eingetroffen sei.

Als während unseres Aufenthalts unter dem Hoteithore die beiden Polizeibeamten abermals damit begannen, was denn nun zu thun sei, trennte ich mich mit dem Vermerk, daß ich die StraÙenkeite rechts vom Hoteleingang übernehmen wolle, dem „Bekanntem“ die linke überlassend.

Kaum hatte ich 15 oder 20 Schritte gemacht, als ich Peukert und Neuf aus der Rue de la Bourde in hastigen Schritten hervorkommen sah, hart gefolgt von dem „Bekanntem“. Sie wandten sich nach dem Boulevard Anspach und von da nach dem Nordbahnhof. Ich folgte gleichfalls; die Sache wurde interessant. Unterwegs kam der „Bekannter“ zu mir heran, und nachdem ich ihn lächlig darob aufgezo-gen, daß Herr Möhlig mir gegenüber ihn als einen Mann ausgebeutet hatte, den er vor Jahren in Aachen gekannt und dessen Bekanntschaft er im Eisenbahn-Coups erneuert habe, bekannte er Farbe. (Er hieß Tornerer) war ein Kriminalbeamter aus Berlin, seit 9 Jahren in der politischen Abtheilung, die „rechte Hand der H. Krüger, von Dale und von Mauerode.“ (na, na) seit einiger Zeit an der belgischen Grenze thätig, (verstand aber keinen deut französisch) kannte die Adressen aller Geheimagenten, (sic!) Die werden sich freuen!) hatte schon mit Neuf früher zu thun gehabt, (N. u. s. c. und endlich schloß er die Lobrede auf sich selbst

*) So verstand ich; kann auch Tornerer geheißen haben. Am Ende gar der Wachtmeister T. (aus Berlin), der seiner Zeit die . . . gezeichneten Briefe an den Sozialdemokraten Uebelich (in Elbesfeld) schrieb?

